959

KOMMUNISTISCHE HOCHSCHULZEITUNG



NR.1 JAN 1973 / HERAUSGEBER MLS-WIEN

VIETNAM: STEIGERUNG DER KRIEGSVERBRECHEN DER US-IMPERIALISTEN
ERNEUT ANTISLOVENISCHE HETZE VERHINDERT
ZUM § 144
SOLIDARITÄT MIT PROF. STADLER
DER KAMPF DER ÄGYPTISCHEN STUDENTEN
TERROR DES ZIONISTISCHEN GEHEIMDIENSTES

Inhalt:

Editorial 1
Erklärung der Regierung der DRV 3
Erklärung der PRR der Republik Südvietnam ... 4
Bedingungslose Unterstützung des vietnamesischen Volkes 7
Antislovenische Hetze wieder verhindert 8
Zum § 144 14
Solidarität mit Prof. Stadler 21
Die revolutionäre Bewegung unter den ägyptischen Studenten 24
Terror des zionistischen Geheimdienstes 29

VIETNAM - DEMONSTRATION

ZEIT: FREITAG, 19.1.1973, 16.30
TREFFPUNKT: AEZ

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Drucker: Marxistisch-leninistische Studentenorganisation, für den Inhalt verantwortlich: Margarita Schneider, alle: 1070 Wien, Westbahnstraße 7/8

EDITORIAL

Im Dezember 1972 hat die Marxistisch-leninistische Studentenorganisation einen, nach der im Frühjahr erfolgten Aufnahme selbständiger Betriebsarbeit überaus wichtigenund notwendigen Schritt auf dem Weg zum Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse vollzogen: Sie hat beschlossen, daß ein Teil der Genossen die MLS verläßt, sich selbständig organisiert ("Kommunistischer Bund Wien") und gemeinsam mit Arbeitergenossen den Aufbaueeiner lokalen proletarischen Organisation in Angriff nimmt.

Es kann hier nicht einmal in groben Umrissen die politische und organisatorische Entwicklung der MLS seit Herbst 1970 wiedergegeben werden. Die Revisionisten werfen uns mit beharrlicher Vorliebe vor, wir hätten unsere grundlegenden Ansichten sehr oft geändert, seien deshalb schwankend etc. Das stimmt vielleicht insofern, als die Kommunisten in der MLS sich nie damit zufrieden gegeben haben, sich auf den Boden der Moskauer Erklärung (1969) der Modernen Revisionisten zu stellen und im übrigen die revolutionäre österreichische Arbeiterbewegung mit der KPÖ gleichzusetzen.

Bereits in der KHZ Nr. 1, Okt.72 haben wir als wichtigstes Resultat der Entwicklung der MLS die Tatsache genannt, daß sie sich aus einer Studentenorganisation zu einer Organisation entwickelt hat, deren gesamte theoretische und praktische Arbeit bereits Ausdruck der Orientierung auf den Aufbau einer proletarischen Organisation, eines kommunistischen Zirkels als Nahziel war. Damit in Zusammenhang war die MLS auf einer Stufe ihrer ideologischen Entwicklung angelangt, die es ihr erlauben sollte, ihre Einordnung in die internationale kommunistische Bewegung zu formulieren.

Diese Entwicklung konnte die MLS nur nach ihren Erfahrungen mit und der Erkenntnis des Revisionismus der KPÖ nehmen. Daraus wurde Ende 1971 die einzig richtige Konsequenz gezogen: der vollständige politische, ideologische und organisatorische Bruch mit dem Modernen Revisionismus in Österreich.

Erst mit der Trennung von der KPÖ konnte die Betriebsarbeit, die Aufnahme der politischen und organisatorischen Arbeit in der Arbeiterklasse beginnen. Vorher konnte sie politisch eigentlich nicht begründet werden oder aber die politische Ausrichtung, die Ziele der Betriebsarbeit konnten nicht klar und richtig angegeben werden. Erst der konsequente Bruch mit dem Modernen Revisionismus und die Erkenntnis, daß sich den Kommunisten in Österreich heute die Aufgabe stellt, auf den Aufbau der revolutionären Partei des Proletariats hinzuarbeiten, ebnete den Weg für die Entfaltung der Betriebsarbeit und die ideologische Weiterentwicklung der MLS überhaupt.

In der Betriebsarbeit wurden bis Herbst 1972 beträchtliche Fortschritte gemacht, die sich vor allem ausdrückten in dem Umfang der Untersuchungstätigkeit und der Möglichkeit und Notwendigkeit der Organisierung von Arbeitergenossen.

Lag für uns im April 1972 (siehe "Student im Klassenkampf Nr.7) die Teilung der MLS in eine proletari-

sche Organisation und eine Hochschulorganisation noch in ferner Zukunft, so wurde es bis zum Herbst einmal theoretisch, dann aber auch praktisch immer klarer, daß die Teilung eine unmittelbare Aufgabe darstellte.
In einer Situation, in der ein großer Teil der Kommunisten nicht aus der Arbeiterklasse kommt, sondern aus demokratischen und antiimperialistischen Bewegungen unter den Studenten, und daher nicht in einer proletarischen Organisation, sondern in der MLS organisiert ist, ist die Teilung der Organisation die unabdingbare Voraussetzung, um den nächsten Schritt bei der Erfüllung unserer Hauptaufgabe, dem Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse, zu tun. Der Zirkel kann nicht von der MLS aufgebaut werden. Dazu ist vielmehr die Überwindung des Zwittercharakters der MLS notwendig.
Die Arbeiterklasse und die Neuen Mittelklassen sind voneinander getrennte Klassen. Die Kommunisten müssen in ihnen eine gänzlich verschiedene Politik machen. Den Parteiaufbau in der Arbeiterklasse vorantreiben und die Bündnisperspektive mit der Arbeiterklasse in die Neuen Mittelklassen bzw. die Studenten zu tragen, das sind grundverschieden Aufgaben, die sich nicht innerhalb einer Organisation wirklich lösen lassen.
Praktisch wurden die Grenzen, die der Erfüllung beider Aufgabenbereiche durch die einheitliche Organisierung gesetzt waren, deutlich fühlbar: die gemeinsame Anleitung durch ein Leitungsorgan wurde unmöglich, Arbeitergenossen konnte die Möglichkeit der politischen Organisierung in einer Organisation mit studentischem Charakter nicht geboten werden, der Aufbau einer kommunistischen Hochschulorganisation konnte nicht organisiert in Angriff genommen werden etc.
Mit der selbständigen Organisierung einiger ehemaliger MLS-Genossen entsteht nicht automatisch eine proletarische Organisation. Es wird die Aufgabe dieser Genossen sein, die Bedingungen dafür zu schaffen, daß immer mehr Arbeitergenossen darin organisiert werden, daß die Organisation sich in der Arbeiterklasse tatsächlich verankert und damit die Ausarbeitung eines Programms für den Kampf der Arbeiterklasse angegangen werden kann. Die lokale proletarische Organisation, der Zirkel, ist der erste Schritt im Aufbau der revolutionären Partei des Proletariats in Österreich.
Die MLS hat demgegenüber die Aufgabe, sich zu einer kommunistischen Massenorganisation im Bündnisbereich zu entwickeln, d.h. im engsten Kampfzusammenhang mit der proletarischen Organisation die sich in diesem Bereich aus dem spezifischen und allgemeinen Widersprüchen des Imperialismus entwickelnden Bewegungen der Studenten anzuleiten und letzteren die subjektive Einsicht in die Notwendigkeit des Bündnisses mit der Arbeiterklasse zu vermitteln.

Erklärung der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam

Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam veröffentlichte am 21. Dezember eine Erklärung, in der die neue Kriegseskalation des amerikanischen Imperialismus scharf verurteilt wird. Nachstehend der volle Wortlaut:

Die Regierung der USA führt eine äußerst ernste Eskalation des Krieges gegen die Demokratische Republik Vietnam durch.

Am 18. Dezember 1972 hat Präsident Nixon den Einsatz großer Luft- und Seestreitkräfte, einschließlich fast aller amerikanischer strategischer Bomber vom Typ B-52 in Südostasien, befohlen, die in Tag und Nacht andauernden Angriffen von nie dagewesener Stärke und Grausamkeit viele dicht bevölkerte Teile der Städte Hanoi und Haiphong sowie vieler Provinzen im Norden Vietnams vernichten. So wurden unzählige barbarische Verbrechen an unserem Volk begangen.

Die US-Aggressoren wurden jedoch gebührend bestraft. Die Armee und Bevölkerung der Hauptstadt Hanoi, der Stadt Haiphong und anderer Gebiete des Nordens haben außergewöhnlich hart und heroisch gekämpft und dabei glänzende Erfolge errungen: Sie haben 26 amerikanische Flugzeuge, einschließlich 12 vom Typ B-52, abgeschossen, viele Kriegsschiffe der USA beschädigt und zahlreiche amerikanische Piloten getötet oder gefangengenommen.

Die hysterischen Kriegsaktionen der Nixon-Administration haben die Souveränität und die Sicherheit der Demokratischen Republik Vietnam schwer verletzt und bei unserem Volk unbeschreibliche Empörung ausgelöst. Das ist ein Verstoß gegen das Gewissen der Menschheit und hat eine heftige Protestwelle in der Welt und den Vereinigten Staaten selbst hervorgerufen.

Die gegenwärtige Kriegseskalation des amerikanischen Imperialismus, die wohlvorbereitet war, kommt in einem Zeitpunkt, in dem die Vereinigten Staaten am Verhandlungstisch auf der frechen Forderung bestehen, den Inhalt des von der Seite der USA am 20. Oktober 1972 mit der Demokratischen Republik Vietnam vereinbarten „Abkommens über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" zu ändern, und die Unterzeichnung dieses Abkommens verzögern. Gleichzeitig intensivieren sie im Süden Vietnams den Vernichtungskrieg, transportieren Zehntausende Tonnen von Waffen und Kriegsmaterial nach Südvietnam, entsenden Zehntausende von verkappten Militärberatern und stiften ihren Kettenhund Nguyen Van Thieu dazu an, die Verfolgung und Ermordung der patriotischen und friedliebenden Menschen zu verstärken und den ganzen Inhalt des Abkommens offen abzulehnen.

Die amerikanischen Akte der Verschärfung des Krieges in den beiden Teilen Vietnams lassen die eigensinnige und kriegslüsterne Natur der Nixon-Administration ganz offensichtlich werden, die sich noch immer Illusion über einen militärischen Sieg macht, die Politik der „Vietnamisierung" verfolgt und aus einer Position der Stärke heraus zu verhandeln versucht. Das Weiße Haus und das Pentagon haben unverhohlen damit gedroht, ihre Angriffe gegen Nordvietnam solange fortzusetzen, „bis eine Regelung erreicht ist". Dies ist ein Versuch, unser Volk zu zwingen, die anmaßenden amerikanischen Bedingungen anzunehmen.

Während es den Aggressionskrieg verlängert und alle Aussichten auf einen wirklichen Frieden in Vietnam torpediert, versucht das Weiße Haus, die Öffentlichkeit mit der Beteuerung „das Tor zum Frieden steht nach wie vor weit offen" zu täuschen.

Es ist die Nixon-Administration, die wortbrüchig geworden ist. Aber sie verleumdet unverschämt die Seite der Demokratischen Republik Vietnam, diese hätte der Unterzeichnung des Abkommens Hindernisse in den Weg gelegt. Dies ist nichts als ein Trick, um einen Vorwand für die Eskalation des Krieges zu haben. Weder die Versuche, die Tatsachen zu entstellen und aus schwarz weiß zu machen, noch die perfiden Tricks, mit denen die Schuld der Seite der DRV in die Schuhe geschoben werden soll, können irgend jemanden hinters Licht führen.

Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam stimmt völlig mit dem folgerichtigen Standpunkt überein, den die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam in der am 16. Dezember 1972 abgegebenen Erklärung eingenommen hat, in welcher die Nixon-Administration für ihr Hinauszögern der Unterzeichnung des Abkommens, die Fortsetzung des Aggressionskriegs und die Verlängerung des Engagements der USA in Südvietnam verurteilt wurde, und unterstützt diesen Standpunkt vorbehaltlos.

Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam brandmarkt vor der gesamten Weltöffentlichkeit den amerikanischen Imperialismus nachdrücklich für seine neue Eskalation des Kriegs gegen Nordvietnam. Die Nixon-Administration muß ihrem Aggressionskrieg gegen Vietnam ein Ende setzen, die Politik der „Vietnamisierung" des Krieges einstellen und die Bombardements, Überfälle, Verminungen, Blockaden sowie alle anderen Kriegshandlungen gegen die Demokratische Republik Vietnam beenden. Die Nixon-Administration muß für alle sich aus ihren abenteuerlichen Akten ergebenen Konsequenzen die volle Verantwortung tragen.

Das tapfere, unbezwingbare vietnamesische Volk, das jahrzehntelang ohne Unterlaß für die Unabhängigkeit und die Freiheit gekämpft hat, wird vor keiner noch so brutalen Gewalt zurückweichen, noch weniger wird es vor arroganten Drohungen zurückschrecken. Je wahnwitziger die USA den verbrecherischen Krieg eskalieren, desto strenger werden sie bestraft, und desto länger wird die Namenliste der gefangenen amerikani-

schen Soldaten. Wie wild und grausam die USA auch sein mögen, sie werden keinen Ausweg aus ihrer kritischen Situation finden und die unvermeidliche Niederlage ihrer Politik der „Vietnamisierung" des Krieges auf keinen Fall abwenden können. Alle Intrigen und Manöver der amerikanischen imperialistischen Aggressoren, den Krieg zu intensivieren und von einer Position der Stärke aus zu verhandeln, sind fehlgeschlagen und verurteilt, eine vollständige Niederlage zu erleiden.

Unser Volk sehnt sich sehr nach dem Frieden, aber es muß ein Frieden auf der Grundlage der wirklichen Unabhängigkeit und der echten Freiheit sein. Wir sind voll guten Willens und zugleich voller Entschlossenheit und Kraft, unsere geheiligten fundamentalen nationalen Rechte zu verteidigen.

Landsleute und Kämpfer im ganzen Lande, entfaltet euer Heldentum für die Unabhängigkeit und die Freiheit des Vaterlandes und für die Erfüllung unserer erhabenen internationalistischen Verpflichtungen, schließt euch wie ein Mann zusammen, strebt danach, das Testament des verehrten Präsidenten Ho Chi Minh in die Tat umzusetzen, führt den Kampf beharrlich an den drei Fronten — an der militärischen, der politischen und der diplomatischen Front — und fördert ihn tatkräftig, um den Süden zu befreien, den sozialistischen Norden zu verteidigen und aufzubauen und anschließend die friedliche Wiedervereinigung des Landes zu verwirklichen. Die Landsleute im Norden sind unter allen Umständen entschlossen, ihrer Pflicht als großes Hinterland gegenüber der großen Front, die der heroische Süden bildet, nachzukommen. Das vietnamesische Volk ist entschlossen, Schulter an Schulter mit den Brudervölkern von Laos und Kambodscha den Kampf gegen die amerikanischen imperialistischen Aggressoren und ihre Lakaien bis zum endgültigen Sieg auszufechten.

Das vietnamesische Volk und die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam appellieren aufrichtig an die Regierungen und Völker der Sowjetunion, Chinas und der anderen sozialistischen Bruderländer sowie die Völker und Regierungen aller fried- und gerechtigkeitsliebenden Länder und das amerikanische Volk, den verbrecherischen Händen der Nixon-Administration rechtzeitig Einhalt zu gebieten und von ihr zu fordern, den Aggressionskrieg in Vietnam einzustellen und das am 20. Oktober 1972 mit der Demokratischen Republik Vietnam vereinbarte Abkommen unverzüglich zu unterzeichnen. Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam ruft alle Brüder und Freunde der fünf Kontinente auf, die gerechte Sache des vietnamesischen Volkes noch kräftiger zu unterstützen und ihr Beistand zu leisten, bis der endgültige Sieg errungen ist.

Das vietnamesische Volk wird triumphieren!

Die amerikanischen imperialistischen Aggressoren werden besiegt werden!

Erklärung der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam

Der südvietnamesischen Nachrichtenagentur „Befreiung" zufolge gab die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam am 16. Dezember eine Erklärung ab, in der die Regierung Nixon für die Hinauszögerung der Unterzeichnung des Abkommens, die Fortsetzung des Aggressionskrieges und die Verlängerung des Engagements der USA in Südvietnam verurteilt wird. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Nach der Übereinkunft zwischen der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam und der amerikanischen Regierung sollte der Frieden in Vietnam wiederhergestellt sein. Aber die schwankende Haltung der Regierung der USA hat dazu geführt, daß das „Abkomen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" bis heute noch nicht unterzeichnet worden ist. Der Aggressionskrieg der USA tobt unvermindert weiter. Um Öl auf die Wogen der Entrüstung der Welt und in den USA selbst zu gießen, hat die Regierung Nixon Tricks aller Art angewandt, Illusionen über ihren „guten Willen für den Frieden" und über „ein baldiges Ende des Vietnamkrieges" zu schaffen. In Wirklichkeit weigert sie sich nach wie vor, ihre aggressiven Ambitionen aufzugeben, führt den Krieg weiter und verlängert ihr Engagement in Südvietnam.

In den letzten Wochen haben die Vereinigten Staaten Zehntausende Tonnen hochmoderner Waffen und Kriegsmaterials nach Südvietnam entsandt, während das ganze Netzwerk der amerikanischen Militärstützpunkte in Südvietnam, das hätte geschleift werden sollen, eilig der Saigoner Marionettenarmee ausgehändigt wird. Noch schwerwiegender ist, daß die Vereinigten Staaten ihre Anstrengungen intensiviert haben, eine riesige Militärmaschinerie in Südvietnam aufzubauen. Sie haben Zehntausende verkappte Militärberater entsandt, die die Saigoner Armee, eine Söldnerarmee der USA, auch weiterhin befehligen sollen.

Die amerikanischen Aggressoren und ihre Helfershelfer haben eine Reihe Operationen unternommen, in denen die Einwohner Südvietnamas barbarisch massakriert und viele dicht bewohnte Gebiete, einschließlich der Umgebung von Saigon, mit Flugzeugen vom Typ B-52 bombardiert wurden. Gleichzeitig haben sie ihre Luftangriffe gegen Nordvietnam verstärkt: ihre Flug-

zeuge haben viele Gebiete von der Provinz Thanh Hoa bis in die Region Vinh Linh mit Bombenteppichen belegt.

Konfrontiert mit dem brennenden Haß des Volkes, immer mehr isoliert und nicht zuletzt auf Geheiß seiner amerikanischen Gebieter hat Nguyen Van Thieu eine Reihe von faschistischen Verordnungen erlassen. Er geht mit Unterdrückung, Verhaftungen und Ermordung rücksichtslos gegen alle vor, die sich für den Frieden und die nationale Eintracht einsetzen, die Mitglieder der „oppositionellen" politischen Kräfte mit eingeschlossen. Er hat eine äußerst unmenschliche Kampagne eingeleitet, um die patriotischen und friedliebenden Menschen, die illegal in allen Gefängnissen in ganz Südvietnam gefangengehalten werden, zu zertreten und zu ermorden.

Ganz offensichtlich hält der amerikanische Imperialismus halsstarrig an der Politik der „Vietnamisierung des Krieges" und an seinem Neokolonialismus in Südvietnam fest. Dieser dunklen Absichten wegen haben die Vereinigten Staaten die Unterzeichnung des am 20. Oktober 1972 erreichten „Abkommens über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" hinausgezögert. Darüber hinaus planen sie, den Inhalt des Abkommens zu revidieren. Von den Vereinigten Staaten am Gängelband geführt, erhebt das Marionettenregime Thieus unablässig „Einwände" gegen die Signierung des Abkommens und bereitet den Verhandlungen „Schwierigkeiten". Ganz klar wurde dies, als Thieu am 12. Dezember 1972 in aller Öffentlichkeit sämtliche grundsätzliche Bestimmungen des Abkommens ablehnte.

Die amerikanischen Aggressoren und Thieu versteifen sich darauf, die „Frage des Abzugs der nordvietnamesischen Truppen aus Südvietnam", wie sie es so nennen, zur „Grund"bedingung für eine Friedensregelung zu machen.

Wie allgemein bekannt ist, sind es die Vereinigten Staaten, die eine halbe Million Mann ihrer Truppen und der ihrer Satelliten zur Invasion nach Südvietnam entsandt, einen Zerstörungskrieg gegen die Demokratische Republik Vietnam geführt und damit ungeheure Verbrechen in den beiden Teilen Vietnams auf sich geladen haben. Daher versteht es von sich selbst, daß die Vereinigten Staaten ihren Aggressionskrieg einstellen und alle ihrer Truppen und die ihrer Satelliten bedingungslos aus Südvietnam abziehen müssen. Was das vietnamesische Volk betrifft, so nimmt es, wenn es überall in seinem Vaterland gegen die Aggressoren der USA kämpft, nur sein geheiligtes Recht auf Selbstverteidigung wahr, das jeder Nation zusteht.

In ihren Kämpfen gegen die amerikanischen Aggressoren und zur Rettung der Nation hat die Bevölkerung von Südvietnam seit mehr als einem Jahrzehnt ein festes und starkes revolutionäres Machtorgan aufgebaut und eine schlagkräftige Befreiungsstreitmacht aufgestellt. Diese Streitmacht besteht aus den besten Söhnen des vietnamesischen Volkes, unter denen sich Kämpfer und Söhne der Bevölkerung Südvietnams befinden, die sich im Norden neugruppiert hatten und zum Kampf in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Die Volksbefreiungsstreitkräfte, die aus dem Volk kommen, erfreuen sich der herzlichen Liebe der gesamten Nation. Unter dem ruhmreichen Banner der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams und unter der Führung der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam haben sie stets tapfer gegen die amerikanischen Aggressoren gekämpft und alle amerikanischen Kriegsstrategien vereitelt. Dies ist eine große, unleugbare Realität.

Mit der Forderung nach dem „Abzug der Truppen Nordvietnams aus Südvietnam" versuchen die amerikanische Regierung und das Marionettenregime um Thieu nicht nur, die Linie zwischen den Aggressoren und denen, die der Aggression ausgesetzt sind, zu verwischen, sondern weigern sich auch, den geheiligten Widerstand der Bevölkerung Südvietnams anzuerkennen. Dem Wesen nach ist dies eine Intrige zur Auflösung der patriotischen Streitkräfte der Bevölkerung im Süden Vietnams, während die USA die Marionettentruppen eilig verstärken und mit allen möglichen Mitteln Zehntausende als Zivilisten verkleidete amerikanische Militärberater in Südvietnam zurückzulassen versuchen. Dies ist eine äußerst absurde Forderung, die die südvietnamesische Bevölkerung kategorisch ablehnt.

Die amerikanischen Aggressoren und Thieu haben die „Wiederherstellung der entmilitarisierten Zone" gefordert. Es ist allen bekannt, daß, wie in den Genfer Abkommen über Vietnam von 1954 festgelegt wurde, die militärische Demarkationslinie entlang des 17. Breitengrads nur eine provisorische ist, und in keiner Weise als eine politische oder territoriale Grenze betrachtet werden kann. Ebenfalls nach diesen Abkommen hätte Vietnam 1956 wiedervereinigt werden sollen. Aber die USA haben diese Abkommen gebrochen und den Status der entmilitarisierten Zone mit Füßen getreten. Sie haben einen Aggressionskrieg gegen Südvietnam entfesselt und einen Zerstörungskrieg gegen die Demokratische Republik Vietnam geführt.

Hinter der jetzigen Forderung der USA und von Thieu nach der „Wiederherstellung der entmilitarisierten Zone" steht der Wunsch nach der Verwirklichung ihrer dunklen Absicht, die provisorische militärische Demarkationslinie in eine territoriale Grenze zu verwandeln, die Spaltung von Vietnam zu verewigen und den Süden Vietnams zu einem getrennten Land unter amerikanischer neokolonialistischer Herrschaft zu machen. Dieser Anschlag steht im Gegensatz zum Wunsch des vietnamesischen Volkes nach der friedlichen Wiedervereinigung seines Landes und wird zweifellos vom ganzen vietnamesischen Volk bekämpft.

Die USA und Thieu werfen heute das Problem des „Rechts auf Selbstbestimmung" der südvietnamesischen Bevölkerung in einer Art und Weise auf, die dem im am 20. Oktober 1972 erreichten Abkommen niedergelegten Prinzip völlig widerspricht. Sie leugnen die Realität, daß heute in Südvietnam zwei Administra-

tionen existieren. Sie wollen der südvietnamesischen Bevölkerung das reaktionäre Regime der Saigoner Marionetten aufzwingen, einschließlich des gesamten Unterdrückungs- und Zwangsapparats und der von Thieu erlassenen faschistischen Gesetze. Ohne auf den Haß und die Verachtung des vietnamesischen Volkes und der fortschrittlichen Völker der Welt zu achten, betrachten sie arrogant das Saigoner Marionettenregime, dieses Produkt des amerikanischen Neokolonialismus, als die „einzig rechtmäßige und konstitutionelle Regierung". Sie bekämpfen das Prinzip, die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam als gleichberechtigt zu behandeln, diese wirkliche Regierung der südvietnamesischen Bevölkerung, die international ein hohes Ansehen genießt und eine hohe Stellung einnimmt von allen sozialistischen Staaten und nationalen Staaten feierlich anerkannt worden ist und sich deren Sympathie und Unterstützung erfreut. Sie leugnen auch die Existenz der dritten Kraft, die jene Leute umfaßt die politischen und religiösen Richtungen angehören, die weder der Seite des Saigoner Regimes noch der Seite der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam zuzurechnen sind.

Gemäß dem am 20. Oktober erreichten Abkommen wird die südvietnamesische Bevölkerung, um ihr Recht auf Selbstbestimmung zu verwirklichen, durch wirklich freie und demokratische Wahlen über die politische Zukunft Südvietanms entscheiden. Beide Seiten in Südvietnam, nämlich die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam und das Saigoner Regime, müssen der Bevölkerung demokratische Freiheiten sicherstellen und die nationale Versöhnung und Eintracht verwirklichen. Sie müssen einen nationalen Rat für nationale Versöhnung und Eintracht und solche Räte auf verschiedener Ebene bilden, die alle aus drei gleichen Teilen zusammengesetzt sind.

Mit Ablehnung dieser gerechten und vernünftigen Prinzipien haben die USA und Thieu die Basis für die Wiederherstellung eines stabilen und dauerhaften Friedens in Südvietnam untergraben.

Während sie den Krieg intensivieren, haben die USA und Thieu die obenerwähnten, nicht gerechtfertigten Forderungen erhoben. Dies hat weiter die amerikanischen Machenschaften enthüllt, die Politik der „Vietnamisierung des Krieges" fortzusetzen, ihr Engagement in Südvietnam zu verlängern, die Spaltung von Vietnam zu verewigen und Südvietnam in eine Kolonie neuen Typs der USA zu verwandeln.

Die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam verurteilt mit aller Schärfe diese Machenschaften und Manöver der USA, verlangt konsequent, daß die Regierung Nixon ihren Aggressionskrieg und ihr Engagement in Südvietnam beendet, die Unterstützung des Marionettenregimes von Nguyen Van Thieu einstellt und das am 20. Oktober 1972 vereinbarte Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam sofort unterzeichnet.

Die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam erklärt, daß sie dieses Abkommen, sobald es unterzeichnet ist, vollkommen beachten und gewissenhaft in die Tat umsetzen und daß sie sofort mit den Behörden in Saigon Konsultationen aufnehmen will, damit die inneren Angelegenheiten Südvietnams im Geiste der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung, des gegenseitigen Nichtausschaltens, der Beseitigung der Feindschaft und der Verwirklichung der nationalen Versöhnung und Eintracht gemeinsam gelöst werden können.

Wenn die Regierung Nixon und die Behörden in Saigon ihre Haltung, doppeltes Spiel zu treiben, nicht aufgeben und halsstarrig an ihren anmaßenden Forderungen festhalten, um so die Verhandlung hinauszuziehen und den Aggressionskrieg zu verlängern und zu verstärken, sind die Millionen der südvietnamesischen Bevölkerung, geeint wie ein Mann und eingedenk des geheiligten Letzten Willens des großen Präsidenten Ho Chi Minh, fest entschlossen, Schulter an Schulter mit allen Angehörigen der Nation und mit dem kambodschanischen und dem laotischen Volk die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien vollständig zu schlagen.

Keine brutale Gewalt und kein noch so schlauer Trick des amerikanischen Imperialismus kann die eiserne Entschlossenheit der heldenhaften südvietnamesischen Bevölkerung erschüttern.

Die Bevölkerung und die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam rufen die Völker und Regierungen der sozialistischen Länder, der blockfreien Länder und aller friedliebenden und für die Gerechtigkeit eintretenden Länder sowie die internationalen Organisationen und die Völker der ganzen Welt ernsthaft auf, in allen angemessenen Formen für die Forderung an die Regierung Nixon zu kämpfen, das „Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" sofort zu unterzeichnen, und ihre Unterstützung für den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes bis zum endgültigen Sieg zu vergrößern.

Die Bevölkerung und die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam rufen das amerikanische Volk auf, im Namen des Friedens und der Gerechtigkeit und im Sinn des Ansehens und der legitimen Interessen der Vereinigten Staaten den Kampf für die Forderung zu verstärken, daß die Regierung der USA den verbrecherischen Aggressionskrieg in Vietnam und in Indochina unverzüglich einstellt und das schon erreichte Abkommen sogleich unterzeichnet, damit alle Söhne Amerikas bald in ihre Haimat zurückkehren und die Vereinigten Staaten und Vietnam in eine neue Periode des Friedens und der Freundschaft in ihren Beziehungen eintreten können.

Der Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung für den Frieden, die nationale Unabhängigkeit, die Demokratie und die nationale Eintracht wird sicher von einem glänzenden Sieg gekrönt sein.

VIETNAM:

BEDINGUNGSLOSE UNTERSTUTZUNG DES VIETNAMESISCHEN VOLKES

Nach den Meldungen der Nord-vietnamesischen Kommission zur Untersuchung der amerikanischen Kriegsverbrechen in Indochina hat die US luftwaffe vom 18- 29. Dezember an die 100.000tBomben auf Hanoi,Haiphong und das übrige Gebiet der DRV abgeworfen.
Große Teile Hanois und Haiphongs wurden in Schutt und Asche geleg und damit die schwersten Bombadierungen in der Geschichte gegen Zivile Objekte geflogen.
Damit hat der USA-Imperialismus vor aller Welt erneut seinen verbrecherischen Charakter bloß stellt. Das Neunpunkteabkommen vom Oktober war für die USA nichts als ein Fetzen Papier, das zu unterzeichen sie niemals die Absicht hätte, das seinen Dienst erfüllte, indem es Nixon durch Betrug am amerikanischen Volk zur Wiederwahl verhalf und Zeit für die Vorbereitung einer neuen verbrecherischen Eskalation schuf. wie das genfer Abkommen 1954 und das Laos-Akommen 1962 diente auch das diesmalige Abkommen nur dazu, die imperialistische Aggression fortzusetzen. Aber auch der Bombenterror gegen das nordvietnamesische Volk konnte dieses nicht davon abhalten, am Kampf gegen den USA-Imperialismus und an der bedingungslosen Unterstützung der Landsleute im Süden fest zuhalten. Im Gegenteil! Von der nordvietnamesischen Luftabwehr, die über 70 Flugzeuge, davon mehr als dreißig der als unangreifbar geltenden B 52 Bomber abschoß schwer angeschlagen, in der Weltpolitik völlig isoliert, mußte der USA-Imperialismus den Rückzug antreten un die Bombenangriffe einstellen. Das ist ein Sieg des vietnamesichen Volkes und aller fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt, die die gerechte Sache Vietnams unterstützen.
Mit Ausnahme der BRD haben die Regierungen aller großen Staaten Europas gegen die amerikanische Bombenpolitik in Indochina Stellung genommen und ihre "Beunruhigung" zum Ausdruck gebracht Schwedenhat die Verbrechen der USA als das gebrandmarkt, was sie sind: VERBRECHEN, DIE DENEN DES HITLER-FASCHISMUS IN NICHTS NACHSTEHEN. In Australien beschlossen



die Gewerkschaften der Hafenarbeiter und der Seeleute den Boykott aller amerikanischen Schiffe, in den größten italienischen Häfen und in zahlreichen französischen haben die Docker die Arbeit an den amerikanischen Schiffen eingestellt. Als auch in Dänemark der Boykott durchgeführt werden sollte und andere Gewerkschaften sich diesem anschließen wollten, mußten die USA zurückziehen um wirtschaftliche Rückschläge zu vermeiden.

Man darf sich aber nicht täuschen lassen! So wie das 9-Punkte abkommen nur eine Maßnahme unter anderen war um die Politik der Unterdrückung und Ausbeutung fortsetzen zu können, so wird auch die Einstellung der Bombenangriffe auf Hanoi und Haiphong neuen Terrorakten weichen, wenn das vietnamesische Volk von seinen gerechten Forderungen im Kampf um Unabhängigkeit und nationale Selbstbestimmung nicht abweicht und entschlossen den Volkskrieg zur Vertreibung der USA Imperialisten weiterführt. Die USA haben ihre mörderischen Fläche bombardements nur nördlich des 20. Breitegrades eingestellt, dafür fliegen sie verstärkt Bomben angriffe in ganz Indochina; es handelt sich also nur um eine geringfügige Deeskalation in einer insgesamt verstärkten Kriegs politik zur Unterwerfung der indochinesischen Völker.

Die Geschichte des Vietnam- und Indochinakriges lehrt: niemals wird er USA imperialismus freiwillig seine Machenschaften zur Weltweiten Unterdrückung der Völker aufgeben. Nur der konsequente Kampf gegen die USA kann Freiheit und Unabhängigkeit bringen, nur der Sieg im Volks krieg kann den indochinesischen Völkern Frieden und Wohlstand sichern. Solange der Imperialismus Verbrechen auf Verbrechen verübt, ist es notwendig " alle Kräfte der Völker der Welt für ein gemeinsames Ziel zu mobilisieren: Die amerikanischen Imperialisten und die tollwütigen Kriegstreiber, ihre Verbündeten und Lakaien zu isolieren, ihre Aggressionspläne und -maßnahmen zunichte zu machen den Frieden zu verteidigen und die Weltrevolution siegreich und ohne Verzögerung voranschreiten zu lassen." (Le Duan, Die vietnamesische Revolution)

Unterstützen wir die indochinesischen Völker in ihrem gerechten Kampf bis zum endgültigen Sieg über den USA-Imperialismus.

VÖLKER SIND STÄRKER ALS BOMBEN - SIEG IM VOLKSKRIEG!

ANTISLOVENISCHE HETZVERANSTALTUNG WIEDER VERHINDERT – PROVOKATION DER RECHTSRADIKALEN ERNEUT VEREITELT

Am 14.12. erlitten die faschistoiden Kräfte auf der Universität eine neuerliche Niederlage. Das massive Auftreten hunderter kommunistischer und demokratischer Studenten verhinderte eine antislovenische Hetzveranstaltung und zeigte eindeutig: für diese Reaktionäre ist auf der Hochschule kein Platz mehr!

Der RFS und die örtlichen Burschenschaften machen auf der Hochschule schon seit langem

keinen Stich mehr. In diesem Studienjahr sind aber Hochschulwahlen. Es war daher an der Zeit, sich wieder mehr ins Bewusstsein der Studenten zu drängen. Dies sollte mit einer "Informationsveranstaltung" über die Kärntner Slovenen geschehen. In Kärnten konnten die Reaktionäre nach jahrzehntelangen Hetzkampagnen gegen die slovenische Minderheit, die mit grösster Intensität betrieben wurden, jetzt im sogenannten "Ortstafelstreit" einen Erfolg erzielen. Geht der "Tafelsturm" auch von den offensivsten chauvinistischen Reaktionären aus, so erhalten sie doch Unterstützung von anderen bürgerlichen Kräften: beide Oppositionsparteien (ÖVP und FPÖ) stellten sich von Anfang an gegen das Ortstafelgesetz und stimmten im Parlament auch dagegen. Die FPÖ, weil sie eine Minderheitenfeststellung als unbedingte Voraussetzung jeder weiteren Regelung der Minderheitenrechte fordert, die ÖVP, weil sie eine "Befragung der betroffenen Bevölkerung" verlangt, was auf nichts anderes als die Minderheitenfeststellung hinausläuft.
Mit diesem Thema versuchten die reaktionären Studenten einerseits den Abbau der demokratischen Rechte der Slovenen zu propagieren, andererseits aber glaubten sie dadurch auf der Erfolgswelle der Kärntner Reaktionäre mitreiten zu können und mit ihren "Argumenten" einen Teil der studierenden Jugend für sich gewinnen zu können. Weil die örtlichen Burschenschaften und der RFS allein nicht fähig waren, die Hetzpropaganda gezielt voranzutreiben, luden sie zu ihrer Veranstaltung den reaktionären FP-Nationalrat Scrinzi aus Kärnten als Zugpferd ein, der in solchen Geschäften schon geübt ist.
Bei der ersten Veranstaltung hatten sie von demokratischen und kommunistischen Studenten eine gewaltige Abfuhr erhalten: durch Sprechchöre und Absingen von revolutionären Liedern zeigten die fortschrittlichen Studenten, dass sie nicht bereit sind, auf die vollständige Durchsetzung der selbstverständlichen Rechte der slovenischen Minderheit zu verzichten. Den Veranstaltern wurde es unmöglich gemacht, die Hetzkampagne durchzuführen. Sie wollten jedoch die Durchführung der Veranstaltung mit aller Gewalt erzwingen und kündigten eine Wiederholung an. Diesmal kamen sie besser ausgerüstet: statt Megaphonen wie bei der ersten Veranstaltung brachten sie Gummiknüppel, Schlagringe, Ketten und Benzinkanister(!). Das kleine Häuflein der Wiener RFSler wurde durch die Schlägertrupps der NDP und anderen faschistischen Organisationen aus den Bundesländern verstärkt. Scrinzi sollte erst kommen, wenn alle demokratischen Studenten "entfernt" waren.

DIE NIEDERLAGE DER REAKTION WURDE ZU EINEM SIEG FÜR DIE FORTSCHRITTLICHEN KRÄFTE

Als die fortschrittlichen Studenten das Neue Institutsgebäude betraten, um der Reaktion entgegenzutreten, präsentierte sich diese prahlerisch bereit, die Abhaltung ihrer Hetzveranstaltung mit allen Mitteln durchzusetzen. Die Kollegen und Genossen wurden mit Prügeln empfangen, waren aber entschlossen, dem nazistischen Terror nicht zu weichen, sondern das Auftreten der Reaktion zu verhindern. Die antislovenischen Sprechchöre und chauvinistischen Lieder wurden durch das Absingen der Internationale und durch Sprechchöre erstickt, um die Solidarität aller fortschrittlichen Kräfte mit der unterdrückten nationalen Min-



Bei der von ihnen provozierten Schlägerei holten sich die Rechtsradikalen blutige Köpfe

heit in Kärnten zu dokumentieren. Alle weiteren Hetzversuche der Reaktion gingen in den Parolen der fortschrittlichen Kollegen, wie "volles Recht für die Slowenen" und "Nur der organisierte Klassenkampf beseitigt auch die nationale Unterdrückung" unter. Schwer geschlagen und demoralisiert durch das entschlossene Auftreten hunderter demokratischer und kommunistischer Kollegen zogen die Reaktionäre schließlich ab. Danach wurde eine Solidaritätskundgebung für die Rechte der slowenischen Minderheit abgehalten.

KEINE REDEFREIHEIT DEN CHAUVINISTISCHEN HETZERN

Die reaktionären bürgerlichen Zeitungen sahen nach der Niederlage der reaktionären Schlägertrupps und ihrer Anhänger auf der Universität die "freie Meinungsäusserung" und das demokratische Recht einer akademischen Diskussion in Gefahr. Es sind dies dieselben Zeitungen, die die chauvinistischen Aktionen in Kärnten mit Sympathie verfolgten. Manchen mag es scheinen, als wäre es richtig, diesen Reaktionären die "Redefreiheit" zu gewähren. Die Forderung nach freier Meinungsäußerung bedeutet für diese Reaktion jedoch nichts anderes als ihre Freiheit der Hetze gegen die Slowenen. Sie wollen auch in Wien mit einem verlogenen Zahlenspiel die minimalsten Rechte der Minderheit wegdiskutieren und "beweisen", daß die Slowenen nicht nur um ihre nationalen Rechte in der Schule und in der Öffentlichkeit kämpfen, sondern "ganz Kärnten slowenisieren wollen".

Die Kärntner Reaktionäre veranstalten in Zeitungen und öffentlichen politischen Auftritten eine Hetzkampangne gegen das slowenische Gymnasium, das ihrer Meinung nach ein Hort der Subversion ist. Sie bezeichnen alle Slowenen als Chauvinisten, die die deutschsprachigen Kärntner, mit ihren "übermäßigen nationalen Forderungen" unterdrücken wollen. Ihre kulturellen Verbindungen zu Jugoslawien werden diffamiert und die nationale mit einer antikommunistischen Hetze verbunden.

DIE MINDERHEITENFESTSTELLUNG: EINE REAKTIONÄRE MASSNAHME ZUR UNTERDRÜCKUNG DER SLOVENEN

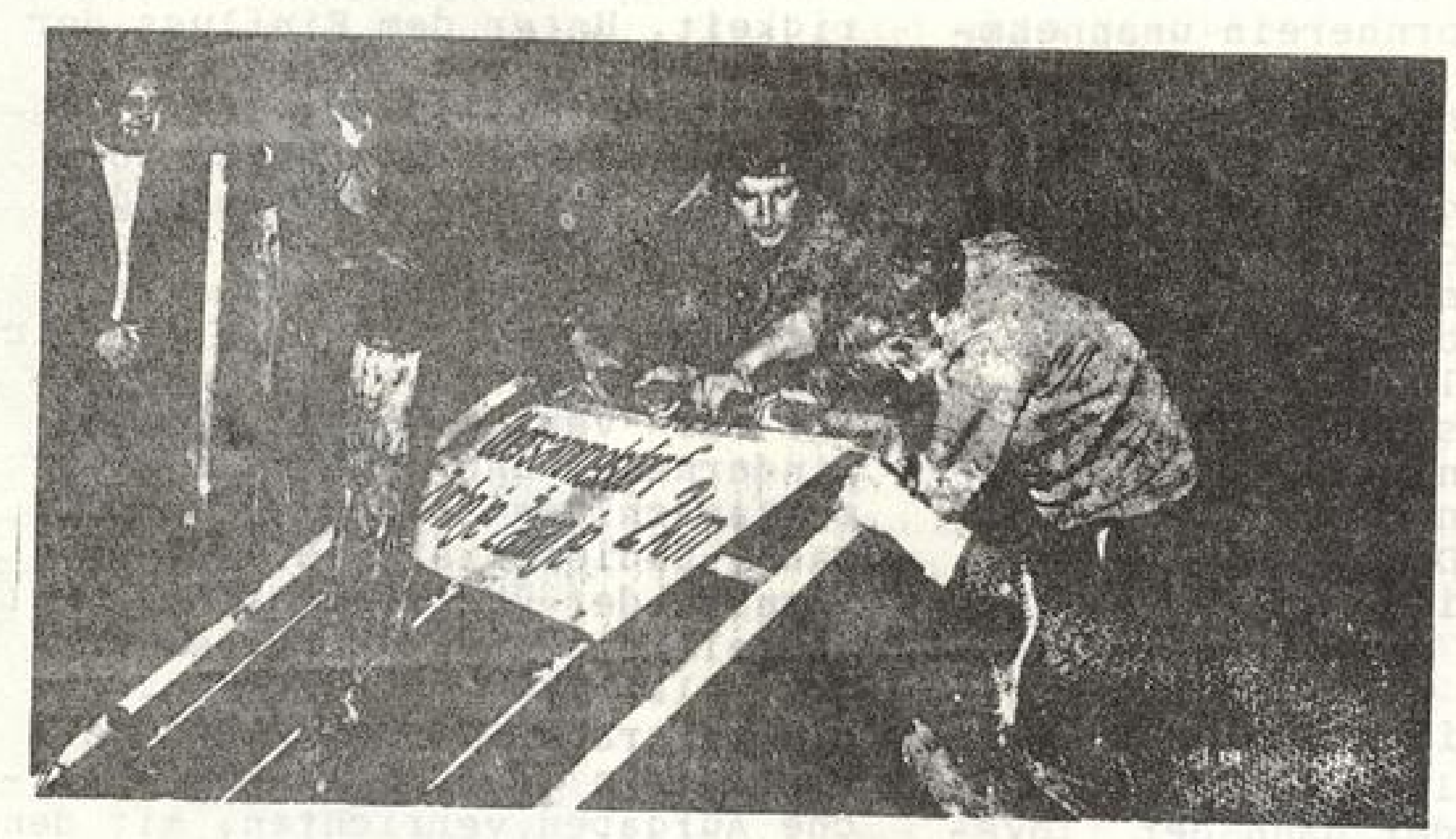
Was sie unter "freier Meinungsäußerung" verstehem, zeigt sich besonders jetzt in Kärnten bei der Kampagne um das Volksbegehren für eine <u>Minderheitenfeststellung</u>. Worum es dabei geht, ist klar: die Rechte der Minderheit sollen von ihrer Stärke abhängig gemacht werden. Selbst-

verständlich ist das für Demokraten von vornherein unannehmbar und muss aufs schärfste bekämpft werden. Dazu kommt in Kärnten, dass durch Druck und Hetze ein möglichst grosser Teil der slovenischen Minderheit davon abgehalten wird, sich als Slovenen zu bekennen. Zu diesem werden die Slovenen in heimattreue "Windische", wobei diese nicht zur Minderheit gezählt werden(!) und "nationale Slovenen" unterteilt. Die Resultate dieser Minderheitenfeststellung sollen dann die Grundlage für jede weitere oder eine Neuregelung der Minderheitenbestimmung bilden. Sie sollen die Grundlage bilden, auf der dann der slovenischen Minderheit ihre Rechte, der "Grösse und Stärke entsprechend" gegeben werden. Damit soll das Hauptziel der chauvinistischen Reaktion erreicht werden, nämlich der Rückgang der Zahl der Slovenen auch noch in den jetzt "offiziell" zweisprachigen Ortschaften, um die Anwesenheit der Slovenen auf noch weniger Ortschaften zu beschränken, und um die Rechte der Slovenen auf zweisprachige Ausbildung, Beschilderung, Gebrauch der slovenischen Sprache im Amt auf ein noch kleineres Gebiet zu reduzieren. Und diese Minderheitenfeststellung soll womöglich noch alle 5 - 10 Jahre wiederholt werden! Die Methoden und Ziele dieser Kampagne entsprechen dem Interesse der reaktionären Klein- und Mittelbourgeoisie des Südkärntner Raums, die Arbeiterklasse und das Volk zu spalten und es zu demoralisieren, um es für ihre offen reaktionäre bürgerliche Klassenpolitik (im Gegensatz zur klassenversöhnlerischen Politik der Sozialdemokratie) gefügig zu machen.

Der Schwerpunkt in dieser Hetzkampagne, die in jeder Gemeinde, fast in jedem Ort Südkärntens, aber auch in vielen anderen Teilen Kärntens durchgeführt wird, liegt auf der Forderung des "demokratischen Bekenntnisprinzips" hinsichtlich der nationalen Zugehörigkeit. Unter dem Einfluss der breit angelegten antislovenischen Politik, in der die Slovenen oft als "Staatsfeinde" bezeichnet werden, Morddrohungen und tätlichen Angriffen ausgesetzt sind, sollen sich alle Kärntner entscheiden, ob sie sich zum "Mehrheitsvolk" bekennen oder zur "verschwindend kleinen Minderheit" und angeblich damit zum "Anschluss an Jugoslawien". Dabei bedienen sich die Reaktionäre der übelsten Mittel. Oft sammeln die Unterschriften für das Volksbegehren Personen, die die Beiträge für das Rote Kreuz einsammeln oder andere öffentliche Aufgaben verrichten, mit denen sie alle Haushalte erreichen. Die Aufforderung zur Unterschrift wird oft mit folgender Frage eingeleitet: "Sind Sie für Tito oder für (Kärnten bzw.) Österreich?" Es kam schon so weit, dass Personen, die nicht unterschreiben wollten, mit dem Abtransport nach Jugoslawien gedroht wurde. Es ist klar, dass in einer so stark chauvinistisch verpesteten Atmosphäre von einem "freien demokratischen Bekanntnis" keine Spur übrigbleibt.

SOLIDARITÄT MIT DER SLOVENISCHEN MINDERHEIT UND DEN DEMOKRATISCHEN KRÄFTEN IN KÄRNTEN

Dieser chauvinistischen Hetze sollte auch in Wien propagandistische Schützenhilfe geleistet werden. Doch die Reaktion bekam von allen fortschrittlichen und kommunistischen Studenten die den reaktionären Methoden entsprechende und gerechte Antwort! In Referaten wurde der wahre Inhalt der reaktionären chauvinistischen Politik entlarvt und daurch ein Beitrag zur Unterstützung der Kampfs der Slovenen gegen ihre nationale Unterdrückung geleistet und auch ein Schlag gegen die im Versuch der Formierung stehende Reaktion ge-



Verhetzte "Tafelstürmer" in Aktion

führt. Von vielen fortschrittlichen Menschen in Kärnten und ganz Österreich wurde dieser Schlag gegen die Reaktion mit Sympathie begrüßt.
Die Niederlage der Chauvinisten auf der Wiener Uni war aber auch eine moralische Unterstützung für diejenigen demokratischen Kräfte, die sich ihrer Hetze in Kärnten entgegenstellten (indem sie z.B. die Unterschrift für das "kärntner Volksbegehren" - wie das Volksbegehren für eine Minderheite heitenfeststellung offiziell genannt wird - verweigerten). Es war eine moralische Unterstützung in einer Sitaution, in der sich die SPÖ als Regierungspartei - auch in Kärnten - (in der jetzigen politischen Lage besonders aus außenpolitischen Erwägungen) zwar gegen eine Minderheitenfeststellung ausspricht, in

„Die Straße frei"?

ham. — Die Zeiten, da sich blutige Schlägereien auf Hochschulboden als elitärer Radau abtun ließen, hat es genau genommen nie gegeben. Man muß da gar nicht an die Bursen, an die Studentenhorden zur Zeit Wallensteins, an die Epochen zurückdenken, da Studiosi gefürchtet waren wie Wegelagerer. Daß indes die Erinnerung an Paris 1968 auftauchte, als am Donnerstag an der Wiener Universität „Linke" und „Rechte" einander verdroschen, bis Blut spritzte, liegt an der Ausrüstung. Helme, Visiere, Schlagstöcke, zertrümmertes Mobiliar: Hoppauf, dem Gegner eins über den Schädel gezogen! Im Zeichen der Demokratisierung, versteht sich! Denn was Demokratie ist, bestimmen wir, die Maoisten, Leninisten, Spartakisten — eine Handvoll nur, gewiß, aber tolle Burschen! Der Rektor hat zu schlichten versucht, die Polizei hat sich vernünftigerweise zurückgehalten. Und die Veranstalter, nach dem Motto: Der Klügere gibt nach, haben schließlich aufgegeben. Auf der Walstatt blieb die Demokratie der Hochschule. Was aber sagt Frau Firnberg? Man hätte eben ins Wirtshaus gehen sollen, da man ja gewußt habe, daß es Krach geben werde! Soll heißen — daß der marxistische Nachwuchs Gegenmeinungen mit dem Knüppel austreibt. Es ist anzunehmen, daß in der Tat ein dritter Versuch, die Diskussion abzuwickeln, nicht stattfinden wird. Ende schlecht, alles schlecht. Gaudeamus igitur! Die Prognosen sind eher düster.

Als einzige Wiener Tageszeitung stellte sich die "Presse" vorbehaltlos hinter die rechten Provokateure und ihre Hetzveranstaltung.

Wirklichkeit aber keine Maßnahmen ergreift, um diesem nationalistischen Treiben ein Ende zu bereiten. Es ist bezeichnend für die bürgerliche Klassenpolitik der SPÖ, daß sie als Regierungspartei betont, sie habe mit dieser "Lösung" des Ortstafelproblems den Staatsvertrag erfüllt, über die Aufstellung der Ortstafeln hinaus aber keinen einzigen Schritt unternimmt, die chauvinistische Atmosphäre in Kärnten zu entschärfen, und die Rechte der Minderheit in der Tat zu erfüllen. Das Ortstafelgesetz, das für 205 Ortschaften Kärntens die zweisprachigen Aufschriften vorsieht (von denen aber nie mehr als 36 aufgestellt wurden), ist im Grunde genommen schon eine weitgehende Konzession an die Reaktion; da es das geschlossene slovenische Siedlungsgebiet zergliedert und es auf wenige Ortschaften beschränkt (es heißt dann "Slovenen siedeln in Streulage"). Die SPÖ setzte neben der Aufstellung der Tafeln selbst keine Maßnahme, die unter der Bevölkerung für eine demokratische Einstellung gegenüber den Slovenen sorgen würde. Sie gewährt den Tafelstürmern völlige Freiheit, ebenso wie der chauvinistischen Hetze, die mit dem "Volksbegehren für die Minderheitenfeststellung getrieben wird. Auch auf höchster Ebene wird dieser Hetze nicht entgegengearbeitet, sondern de facto unterstützt. Von Außenminister Kirchschläger bis zu Bundeskanzler Kreisky dementieren alle sozialdemokratischen Führer, daß es irgendwelche Angriffe auf die Slovenen in Kärnten überhaupt gibt, was den Chauvinisten den Rücken stärkt. Und auch in Kärnten wird nirgends von der SPÖ eine öffentliche Verurteilung - nicht zu reden von einer breiten konsequent demokratischen Aufklärungskampagne - gegen die Sammeltätigkeit für das Minderheitenfeststellungs-Volksbegehren initiiert. Es gibt nur wenige ehrliche Sozialdemokraten, die öffentlich dagegen auftreten.

DIE SOZIALDEMOKRATIE IST KEINE ALTERNATIVE ZU DER CHAUVINISTISCHEN REAKTION

Die SPÖ stellt sich nicht gegen die chauvinistische Hetze, da sie den Einfluß auf die chauvinistisch verhetzten Teile der Arbeiterklasse und größere Teile der alten und neuen Mittelklassen in Kärnten nicht verlieren will und auch sie letzten Endes vom bürgerlichen Nationalismus profitiert, der große Teile der Wertätigen ideologisch an die Bourgeoisie bindet.

Wenngleich es notwendig ist, der nazistischen Reaktion entschieden entgegenzutreten und ihr jede Möglichkeit, politisch aufzutreten, zu verstellen, weil der Chauvinismus ein besonders gefährliches Gift für das werktätige Volk ist, der es kilflos an die Bourgeoisie ausliefert, darf man dennoch die Bedeutung nicht überschätzen, die ihr heute zukommt. Nicht die faschistische Bewegung, sondern die Sozialdemokratie trägt heute die Hauptangriff der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse und das Volk. Die sozialdemokratische Regierung als geschäftsführender Ausschuß der Bourgeoisie trug den bisher schwersten Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes seit Überwindung der Kriegsfolgen Bereits die Lohnabschlüsse im letzten Jahr bedeuteten eine Reallohnsenkung. Diese wird entscheidend verschärft durch das sogenannte Stabilisierungsabkommen, das in Wirklichkeit Lohnstopp bei stark steigenden Preisen bedeutet. (Selbst die Kapitalisten sprachen von 10% am Jahresanfang). Während Benya seinen Bourgeoisiefreunden einen Lohnstopp bis Anfang Juli

schriftlich zusicherte, blieben die Versprechungen der Bourgeoisie äußerst vage.
Auch die studierende Jugend ist schweren Angriffen der Bourgeoisie ausgesetzt, die von der Sozialdemokratie vorgetragen werden.
Im neuen Universitätsorganisationsgesetz (UOG) werden die Rechte auf freie politische Betätigung eingeschränkt. Durch die Formel, daß bloß "kulturpolitische Veranstaltungen" zugelassen seien, wird ein geeigneter Vorwand geschaffen, um jede politische Betätigung nach Belieben verbieten zu können.

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE DEMOKRATISCHEN RECHTE DER NATIONALEN MINDERHEITEN UND DES GESAMTEN WERKTÄTIGEN VOLKES

Wenn in diesem Zusammenhang die Rede von den volksfeindlichen Maßnahmen der Sozialdemokratie ist, so deshalb, um sofort jedem Mißverständnis entgegenzutreten, daß die chauvinistische Reaktion der Hauptfeind sei und die Sozialdemokratie das kleinere Übel. Die Interessen der Bourgeoisie werden im Parlamentarismus nicht von einer Partei, sondern vom ganzen bürgerlichen Parteiensystem wahrgenommen. Der Unterschied zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteien besteht hauptsächlich darin, daß sie auf verschiedene Weise das Volk ideologisch an die Bourgeoisie binden. Keine der bürgerlichen Parteien hat Interesse an der konsequent demokratischen Durchsetzung der Rechte der nationalen Minderheiten. Diese Rechte können, wie alle demokratischen Rechte in einem bürgerlichen Staat, nicht wirklich durchgesetzt werden. Unser Kampf gilt daher nicht einer bestimmten bürgerlichen Ideologie oder Partei, sondern der Bourgeoisie und dem ganzen bürgerlichen Staat. Nur nach Zerschlagung des bürgerlichen Staates können unter der Diktatur des Proletariats die Interessen des werktätigen Volkes und die Interessen nationaler Minderheiten durchgesetzt werden.

---

§ 144

NUR DER ORGANISIERTE KLASSENKAMPF DES PROLETARIATS BESEITIGT AUCH DIE UNTERDRÜKKUNG DER FRAU

"So wie der Staat es in seiner Justiz macht - er bestraft den Mord, sichert sich aber das Monopol darauf - so macht er es eben überhaupt: er verbietet uns, unsere Nachkommen am Leben zu verhindern - er wünscht dies selbst zu tun. Er behält sich vor, selbst abzutreiben, und zwar erwachsene, arbeitsfähige Menschen."(B.BRECHT, März 1930)

Nach Schätzungen werden in Österreich pro Jahr zwischen 30 000 und 40 000 Abtreibungen vorgenommen.
Pro Jahr sterben etwa 50 bis 100 Frauen an den Folgen einer illegalen Abtreibung. Die Zahl gesundheitlicher Schäden ist noch weit größer. Im jahr 1967 kam es in Österreich zu 195 Verurteilungen nach dem §144.

Das bedeutet:
1) Der § 144 ist kein wirksames Mittel, ABtreibungen zu verhindern, er illegalisiert sie bloß.
2) Der § 144 bewirkt, daß Abtreibungen oft unter menschenunwürdigen Verhältnissen vorgenommen werden. Die Sterblichkeitsrate für legale Abtreibungen ist - wie aus Statistiken jener Länder hervorgeht, in denen die Abtreibung freigegeben wurde - 20mal so niedring wie für illegale. Der § 144, der das "keimende Leben" schützen soll, stellt in unserer Gesellschaft eine Gefährdung des Lebens der Frau dar. Das gilt vor allem für die Arbeiterin, denn je besser die ärztliche Betreuung und die hygienischen Verhältnisse sind, unter denen die Abtreibung vorgenommen wird, desto teurer ist sie, desto grösser ist aber natürlich auch die Sicherheit für das Leben und die Gesundheit der Frau. Da eine Abtreibung durch einen Arzt mehr kostet, als eine Arbeiterin im Monat verdient, bedeutet der § 144 also eine Gefährdung von Leben und Gesundheit vor allem der Arbeiterinnen.
3) Die Zahl der Bestrafungen zeigt, daß es der Willkür und dem Zufall überlassen ist, ob eine Frau angezeigt und verurteilt wird oder nicht. In Österreich wurde wohl noch nie eine Frau aus der Oberschicht wegen Abtreibung verurteilt. Auch die Frauen des Mittelstandes finden leichter als Arbeiterinnen einen verläßlichen Arzt oder reisen in die CSSR oder nach Jugoslavien, wo Abtreibungen legal durchgeführt werden. Werden sie angezeigt, so können sie vor Gericht leichter Argumente - oder einen Rechtsanwalt - finden, die eine Strafe abwenden.

STELLUNGNAHMEN ZUM § 144

Meinungsumfragen haben ergeben, daß die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung für eine Liberalisierung des § 144 eintritt und auch die österreichischen Gynäkologen mehrheitlich die Liberalisierung des § 144 befürworten.

Bürgerliche Parteien:
Die FPÖ tritt für eine Abschaffung des § 144 ein.
Die ÖVP ist gespalten, ihr konservativer Flügel kämpft mit den Bischöfen gegen jede Liberalisierung des Gesetzes, ihr progressiver Flügel geht mit seinen Forderungen über den Regierungsvorschlag hinaus (für Fristenlösung *).
Der Reform-Entwurf der SPÖ sieht eine Erweiterung der Indikation für legale Abtreibungen vor (d.h. eine Erweiterung der Angabe der Fälle, in denen die Abtreibung zugelassen sein soll)
War bisher allein die medizinische Indikation anerkannt, so soll nach dem Reformentwurf auch eine eugenische, ethische und soziale Indikation zugelassen werden. Die Frauen der SPÖ sind zu einem großen Teil mit dem Regierungsvorschlag nicht einverstanden, so etwa die Initiatoren des Aktionskomitees zur Abschaffung des § 144, die sich das Ziel gesetzt haben, durch Organisierung des Drucks von unten und durch breite Information über ihre Ziele, nämlich die völlige und ersatzlose Streichung des § 144, zu erreichen.

Kirche:
Die offiziellen Vertreter der katholischen Kirche haben in der Frage der Abtreibung schon seit jeher einen erzreaktio-

---

*) Nach dieser Lösung soll die Abtreibung innerhalb innerhalb einer bestimmten Monatsfrist nach der Befruchtung generell zugelassen sein.

nären Standpunkt, der auch die medizinisch indizierte Abtreibung als Sünde anprangert. So sagte Papst Pius XII:"Keine Wissenschaft und keine medizinische, eugenische, soziale, wirtschaftliche oder moralische Indikation kann einen gültigen Rechtstitel geben für eine direkte freie Verfügung über e[illegible] unschuldiges Menschenleben.... Das Leben der Mutter zu retten ist ein hohes Ziel. Doch die direkte Tötung des Kindes als Mittel zu diesem Ziel ist nicht erlaubt." Und in seinem Fahrwasser die "Wiener Kirchenzeitung": "Brodas Entwurf ist die defacto-Legalisierung des Mordes an ungeborenen Kindern."

Ebenso tritt auch die "Aktion Leben" gegen die Liberalisierung des § 144 ein und sammelt Unterschriften, um die mehrheitliche Einstellung der österreichischen Bevölkerung für die Legalisierung der Abtreibung zu verdecken. Die Begründung für die absolute Ablehnung der Abtreibung durch die Kirche ist die Gleichsetzung von werdendem Leben mit geborenem Leben.
Nach der Rechtsordnung hat die Leibesfrucht, das "keimende Leben" zwar Anspruch auf Schutz, aber nicht auf die Grundrechte, denn erst mit der Geburt wird der Fötus zum vollen Rechtssubjekt und -objekt. Daher ist die Abtreibung nicht Mord, wenngleich sie als Verbrechen bestraft wird.
Damit ist gesetzlich eine eindeutige Unterscheidung zwischen Geborenem und Ungeborenem festgelegt. Der Zeitpunkt hingegen, ab welchem das "keimende Leben" als solches bezeichnet werden kann und Anspruch auf Schutz hat, bleibt bisher - zumindest medizinisch - umstritten.

DIE FUNKTION DES § 144 FÜR DIE ENTWICKLUNG DER KAPITALISTISCHEN WIRTSCHAFT

Der § 144 wurde in seiner heutigen Fassung aus dem österreichischen Strafgesetz von 1852 übernommen. Dieser Paragraph muß im Zusammenhang mit der Industrialisierung gesehen werden. Mit zunehmender Industrialisierung wuchs die Gier des Kapitals nach Arbeitskräften, gleichzeitig sank der Lebensstandard der Arbeiterklasse. Dies, die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frau und die zyklische Arbeitslosigkeit durch die Krisen des Kapitalismus, bewirkten ein ständiges Sinken der Gebrutenziffer.
Der § 144 war somit für die Kapitalistenklasse ein Mittel, den notwendigen Nachwuchs von Arbeitskräften zu sichern, er war ein bevölkerungspolitisches Instrument zur Reproduktion der Arbeiterklasse.
Die Miteinbeziehung von Frauen und Kindern in den Produktionsprozeß deckte den vermehrten Bedarf der Wirtschaft nach billigen Arbeitskräften und bewirkte gleichzeitig die Erweiterung des Arbeitslosenheeres (industrielle Reservearmee), was zu einem doppelten Lohndruck führte. In dieser Phase der Kapitalentwicklung war der § 144 eindeutig ein Mittel zur Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse.
Eine wichtige Bedeutung hatte das Verbot der Abtreibung auch für militärische Unternehmungen des Großmachtchauvinismus, der Soldaten brauchte, um die sich erhebenden Völker der Monarchie zu unterdrücken. Auch heute noch gibt es von reaktionärer Seite Stellungnahmen wie die des Bischof Rusch, der laut Presse

behauptete: 'Die Parteitags-
beschlüsse von Villach (auf dem
dortigen Parteitag im Mai 72 hat
die SP ihre Vorschläge zur Li-
beralisierung des § 144 vorge-
legt, die Redaktion) könnten
der Rebarbarisierung nur dien-
lich sein. Österreic h drohe
die Gefahr, daß es vom Osten
überflutet und geknechtet werde,
"denn die Völker des Ostens
haben mehr Kinder als wir".'
Der Kinderreichtum der öster-
reichischen Bevölkerung war
auch nach Ende des 2.Weltkriegs
für die Rekonstruktion des
Kapitalismus eine Notwendigkeit.
Dies gilt für die ganze Rekon-
struktionsphase bis in die 60er
Jahre. Heute dagegen hat der
§ 144 als direktes bevölkerungs-
politisches Instrument an Be-
deutung verloren. Das ergibt
sich vor allem aus zwei Gründen:
1.aus dem Anwachsen der Geburten-
zahl, aufgrund der relativen
Verbesserung des Lebensstandards
der Arbeiterklasse während der
Rekonstruktionsphase des Kapita-
lismus nach 45 und
2. aus der Einbeziehung von
Gastarbeitern als neuer industri-
eller Reservearmee in den Pro-
duktionsprozeß.

WEM NÜTZT DIE LIBERALISIERUNG DES ABTREIBUNGSVERBOTS?

Die expandierende Industrie und
das sich ausweitende Dienst-
leistungsgewerbe verlangen nach
der weiblichen Arbeitskraft. DIE
zunehmende - und für die Wirt-
schaft notwendige - Erwerbs-
tötigkeit der Frau ist eine ob-
jektive Ursache dafür, daß von
der SP als Regierungspartei nun
eine Liberalisierung des Abtrei-
bungsparagraphen angestrebt
wird. Die Arbeit der Frau ist
heute eine Bedingung der kapita-
listischen Wirtschaft. Das Ziel
der Vergrößerung des Kapitals
macht das Wesen der Produktion
in einer kapitalistischen Wirts
schaft aus. Vergrößerung des
Kapitals bedingt notwendig
Ausbeutung der Arbeitskraft.
Die kapitalistische Wirtschaft
braucht aber Arbeitskräfte, die
Tag für Tag an der Maschine, im
Geschäft, im Büro sitzen oder
stehen und nicht ausfallen.
Die Erweiterung der legalen Ab-
treibungen ist von Nutzen für
die Wirtschaft. Denn jede Ab-
treibung an einer berufstätigen
Frau bedeutet einen geringeren
Ausfall von Arbeit als eine
Geburt, weniger Verlust und
damit Gewinn für das Kapital
und je besser Abtreibungen
durchgeführt werden oder je
mehr Abtreibungen durch Verhüt
tungsmittel verhindert werden,
desto weniger Ausfälle für die
Kapitalisten.
Die sp sucht mit ihrem Vorschlag
diesem Interesse des Kapitals
gerecht zu werden, ohne jedoch
konsequent die Abschaffung des
§ 144 zu fordern, aus Angst,
Wählerstimmen zu verlieren.
Der 9 144 soll schließlich auch
nicht fallen, da er auch die
ideologische Funktion hat, die
Frau auf ihre Mutter- und Haus-
frauenrolle bewußtseinsmäßig
zu fixieren.
Dennoch ist auch diese Libe-
ralisierung des § 144 im Inter-
esse der Frau, aber es ist
falsch, zu glauben, die Unter-
drückung der Frau beginne mit
dem Abtreibungsverbot und
lasse sich durch seine Abschaf-
fung beseitigen. Die Selbst-
verwirklichung der Frau beginnt
nicht mit der Selbstbestimmung
der Frau über ihren eigenen
Körper. Die selbstverwirklichung
der Frau hat den Beginn im
Kampf gegen die Unterdrückung
und Ausbeutung in der Arbeit.
Daher kann auch der Kampf der
Frau um ihre Befreiung nur dann
Erfolg haben, wenn er als Kampf
gegen die Unterdrückung und Aus-
beutung der Frau durch die kapi-
talistische Produktionsweise
geführt wird. Die Selbstverwirk-
lichung der Frau wird erst mög-
lich in einer Gesellschaft, in
der jede Unterdrückung und Aus-
beutung des Menschen durch den
Menschen abgeschafft wird. Eine

solche Gesellschaft ist der Sozialismus.
Erst im Sozialismus wird nicht produziert, um der Vergrößerung des Kapitals willen, sondern alleiniges Ziel der Produktion ist die allseitige Entwicklung und Begriedigung der Bedürfnisse des Menschen. Daher muß auch der Kampf um die Befriedigung der Frau als Teil des Kampfes um den Sozialismus geführt werden.

FRAUENARBEIT

Die Lage der Arbeiterin ist noch schlechter als die ihrer männlichen Kollegen: nervtötende Arbeit im Betrieb, die noch dazu schlecht bezahlt ist - eine weibliche Facharbeiterin verdient weniger als ein männlicher Hilfsarbeiter - und zusätzliche Belastung durch Haushalt und Kindererziehung. Im Kollektivvertrag sind zwar die Frauenlohngruppen abgeschafft, die für gleiche Arbeit und gleiche Leistung den Frauen weniger Lohn zugestehn, damit wurde aber nur die Bezeichnung geändert, nicht die Tatsache, daß Frauenarbeit schlechter bezahlt ist. Frauenarbeit findet man fast nur in den sogenannten Leichtlohngruppen, d.h. leicht ist die Arbeit deshalb, weil sie keine besondere Muskelkraft und Ausbildung erfordert. Es handelt sich "nur" um einfache Handgriffe, am Band, im Akkord, die zwar nicht die Muskeln, aber Augen und Nerven überbeanspruchen. Solche leichte Arbeit wurde möglich durch die immer größere Zerlegung des ARBEITSvorganges in einzelne Handgriffe. Solche Arbeit ist meist Akkordarbeit, das bedeutet: ununterbrochene Anspannung, keine Pause, kein Gespräch mit den Kolleginnen während der Arbeitszeit. In den Frauenabteilungen der Metall- und Elektroindustrie ist der Leistungsdruck und die Arbeitshetze überall größer als in jenen Abteilungen, in denen männliche Arbeiter - meist höher qualifizierte - Arbeit leisten.

Die Ausbeutung der Frau und ihre besondere Unterdrückung durch den Kampf gegen Frauenarbeit beseitigen zu wollen, wäre jedoch eine hoffnungslos reaktionäre, weil historisch unmögliche Lösung. Denn "so furchtbar und ekelhaft nun die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft sie nichtsdestoweniger mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen, jenseits der Sphäre der Hausarbeit zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter,"(Marx, Das Kapital, Bd.I, S 515).
Die Frauenarbeit hat also eine positive Funktion, denn erst die Berufstätigkeit der Frau schafft die Möglichkeit der Aufhebung ihrer gesellschaftlichen Isolierung - "über das Fleisch, das euch in der Küche fehlt, wird nicht in der Küche entschieden", Brecht)...
"Es zeigt sich, daß die Befreiung der Frau, ihre Gleichstellung mit dem Mann, eine Unmöglichkeit ist und bleibt, solange die Frau von der gesellschaftlichen, produktiven Arbeit ausgeschlossen und auf die häusliche Privatarbeit beschränkt bleibt. Die Befreiung der Frau wird erst möglich, sobald diese auf großem gesellschaftlichen Maßstab an der Produktion sich beteiligen kann und häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Maße in Anspruch nimmt" (Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, Marx-Engels-Werke Bd. 21, S. 158)

DIE IDEOLOGISCHE FUNKTION DES § 144

Trotz der unentbehrlichen Funktion der Frau im Produktionsprozeß bewirkt die gesellschaftliche Realität - angefangen von der spezifisch weiblichen Sozialisation über Sexualunterdrückung bis zum Abtreibungsverbot die Fixierung der Frau auf die Mutter- und Hausfrauenrolle als einzige ihr naturgemäße, quasi biologische Anlage. Diese verinnerlichte traditionelle Rolle bewirkt im Bewußtsein der Frau, daß sie sich nur als Mitverdienerin und Mitarbeiterin versteht.
Die Frauen passen sich während ihrer Erwerbstätigkeit durchaus den Erfordernissen der Wirtschaft an. Sie glauben, nur für ihre Familie arbeiten zu müssen, und erkennen nicht, daß sie den Zwängen der kapitalistischen Wirtschaft gehorchen. Es ist der Stolz vieler gelernter Arbeiter, ihre Frauen nicht in die Fabrik schicken zu müssen.
Dieses Selbstverständnis der Frauen kommt den Bedürfnissen des Kapitalismus nach einer industriellen Reservearmee, d.h. nach fungiblen Arbeitskräften, entgegen. Die Frau wird je nach Konjunkturlage umworben oder an Haus und Herd zurückgeschickt. Dort liegt ja auch ihre eigentliche Bestimmung - mit durch den § 144 zementiert - denn Frau und Mutter sein, das ist das Glück, die Ehre und Berufung für die Frau. Das Gefangensein in dieser Ideologie verhindert, daß die Frau ihre Bedeutung im Produktionsprozeß erkennt, dadurch wird die Kampfbereitschaft der Frauen am Arbeitsplatz herabgesetzt. Dort, wo sie hinzugehören glaubt, dort kann sie nicht kämpfen, dort, wo sie kämpfen müßte, glaubt sie, nicht hinzugehören.

DER KLASSENCHARAKTER DES § 144

Neben der ideologischen Funktion äußert sich der Klassencharakter des § 144 - wie überhaupt der der Justiz im bürgerlichen STAAT auch in anderen Formen.
Eine Abtreibung durch einen Arzt kostet in Österreich zwischen 3000 und 7000 Schilling, das ist auf jeden Fall mehr, als eine Arbeiterin im Durchschnitt monatlich verdient. Arbeiterinnen haben überhaupt schlechtere Beziehungen zu Ärzten, sie haben mehr Angst, überhaupt einen zu suchen, und, wenn sie einen gefunden haben, oft zu wenig verbale Überzeugungsfähigkeit. Aus diesen Gründen flüchten sie zu Kurpfuschern und Engelmacherinnen, was bedeutet, daß die Gefährdung von Leben und Gesundheit durch eine Abtreibung für eine Arbeiterin viel größer ist als für eine Frau aus der Bourgeoisie, die sich in ein Sanatorium legen kann.
Arbeiterinnen fehlt die Rechtskenntnis und daher, im Falle einer Anklage, die Verteidigungsmöglichkeit.
Arbeiterinnen sind weniger informiert über Verhütungsmittel und nehmen weniger die Pille. Die Vorurteile gegen die Pille beruhen zum Großteil auf der bürgerlichen Moral, die in der Arbeiterklasse zumindest ebenso herrschend ist wie in der Mittelschicht, zum anderen Teil auf Mangel an Information.
Der Herstellungspreis der Pille beträgt pro Packung (inklusive der Forschungskosten) ca.S 1.40 - der Verkaufspreis S 35.-. Der Profit ist 3500%. Fehlende Kindergärten, Ganztagsschulen und soziale Einrichtungen gehen vor allem zu Lasten der Arbeiterinnen, da ja sie wirtschaftlich gezwungen sind, zu arbeiten, den Haushalt also "nebenbei" erledigen müssen.
Auch der Vorschlag einer er-

weiterten Indikation für legale Abtreibungen hält am Klassencharakter des §144 fest. Denn gerade die Frauen der Unterschicht werden nach wie vor Schwierigkeiten haben, weil sie zu wenig Geld, Beziehungen und verbalde Gewandtheit besitzen, die - nun zwar erleichterte - Indikationshürde zu überspringen. Nach "Profil", Dez. 1971, befürchtet etwa SP-Gewerkschafterin Elisabeth Luef "...daß es wieder die gebildeten Frauen der Oberschicht sind, die leichter Zugang zur legalen Abtreibung aus sozialen Gründen erlangen, weil sie sich eben besser ausdrücken können."

KAMPF GEGEN DEN §144

Die Forderung nach Abschaffung des § 144 ist fortschrittlich. Aber sie muß in den richtigen Zusammenhang gestellt werden. Die ersatzlose Streichung des § 144, die Durchführung der Abtreibung auf Krankenhauskosten, Sexualaufklärung und kostenlose Empfängnisverhütung für alle, die Schaffung von gesellschaftlichen Institutionen, die Beratungen für Frauen durchführen, verbessern die Lage der Frau in unserer Gesellschaft.
Die Schaffung von Kindergärten, Ganztagsschulen, öffentlichen Einrichtungen, die der Frau Hausarbeit abnehmen, die Durchsetzung gleicher Erziehung für Knaben und Mädchen tragen dazu bei, daß die häusliche Arbeit die Frau nur mehr in geringem Maß in Anspruch nimmt, diese Reformen sind im Interesse aller arbeitenden Frauen. Die rechtliche Gleichstellung der Frau auch in der Bezahlung und Einstufung der Arbeit schaffen eine bessere Bedingung für die Entwicklung des Bewußtseins der Frau von ihrer gesellschaftlichen Stellung. Es ist richtig, für die Erfüllung dieser Forderungen zu kämpfen, aber falsch, jetzt nur für dieses Ziel die Frauen mobilisieren und organisieren zu wollen, denn so bleibt der Kampf innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Gesellschaft stecken. Die Erfüllung all dieser Forderungen - im Kapitalismus sowieso nur beschränkt erkämpfbar - schafft die Unterdrückung und Ausbeutung der Frau nicht ab.

Nur wenn die Frau gemeinsam mit dem Mann den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung aufnimmt und so den Kampf für den Sozialismus vorantreibt, kann auch ihre Lage - als Arbeiterin - verändert werden. Richtig geführt ist der Kampf gegen das Abtreibungsverbot Teil des Kampfs um den Sozialismus. Es ist falsch, den Kampf für die Befreiung der Frau in zwei inhaltlich und zeitlich getrennten Etappen führen zu wollen. Im Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die kapitalistische Produktion, ist auch der Kampf gegen den § 144 ein Moment. Denn richtig geführt ist der Kampf gegen das Abtreibungsverbot Bestandteil des Kampfes für die Aufhebung der Fixierung auf die Rolle als Hausfrau und Mutter und treibt so die Entwicklung des Bewußtseins der Frau von ihrer Stellung im Kapitalismus voran. Der Kampf gegen den § 144 treibt so den Klassenkampf des Proletariats weiter.
"Wenn das Proletariat im Kampf gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzberechtigung des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft auf.

An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" (Marx, Engels, Das Manifest der Kommunistischen Partei, S 68).

SOLIDARITÄT MIT PROF. STADLER

IST NUR IM KAMPF GEGEN DIE BÜRGERLICHE LINIE DES VSSTÖ MÖGLICH

Der in politische Bedeutungslosigkeit versunkene VSStÖ, der Studentenverband der SPÖ, machte wieder einen Versuch, sich demokratischen Studenten auf einem Teach-in anzupreisen, das er mit dem Mittelschullehrer Prof. Stadler aus Mürzzuschlag mit dem Thema "Möglichkeiten und Grenzen fortschrittlichen Geschichtsunterrichts" veranstaltete.
Es ist notwendig, die Demagogie des VSStÖ zu entlarven, die er dort und in einem anschließenden Flugblatt in die demokratische Bewegung zu tragen versuchte, da er dieser großen Schaden zufügen könntete, weil seine Politik objektiv darauf hinausläuft, demokratische Intellektuelle dadurch zu entwaffnen,und vom Kampf um den Sozialismus abzuhalten, indem er sie an die bürgerliche Politik der SPÖ fesselt.

DER DEMOKRAT STADLER IM WIDERSPRUCH ZUM BÜRGERLICHEN STAAT

Stadler begann vor acht Jahren als kritischer Katholik seine Arbeit an der Mittelschule. Seine politischen Anschauungen waren damals im wesentlichen, wie er selbst ausführte, durch einen eher moralischen Antiimperialismus und Antimilitarismus geprägt. Jeder seiner Versuche, im Geschichtsunterricht die bürgerliche Form der Faktenhuberei beim Aufzählen des Geschehenen in zeitlich geordneter Reihenfolge, dessen Entwicklung bestimmt wird durch die zufällige Ablösung einer herrschenden Clique durch eine andere, zu durchbrechen und den Schülern Verständnis für die politischen und ökonomischen Zusammenhänge zu vermitteln, stieß auf erbitterten Widerstand der reaktionären Kollegen aus dem Lehrkörper und der Schulbürokratie. Die Unterdrückung Stadlers ging schließlich so weit, daß man ihm verbot, die Fächer Geschichte und Politische Bildung weiter zu unterrichten, ihn aus Mürzzuschlag in die Expositur Kindberg versetzte und ihn zweimal mit der vollständigen Suspendierung vom Lehramt bedrohte.

In diesen Auseinandersetzungen eignete sich Stadler wesentliche Elemente der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus an. Er erkannte, daß die in Österreich übliche Form des Unterrichts

nicht ein zufälliges Unrecht, sondern eine bewußte Maßnahme des Staatsapparates als geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse zur Unterdrückung des Volkes ist, daß die Geschichte bestimmt wird durch Klassenkämpfe von Gruppen, die sich durch verschiedene Verhältnisse zu den Produktionsmitteln unterscheiden, d.h. in dieser Gesellschaft durch den Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse, die den gesellschaftlichen Reichtum produziert, und der Kapitalistenklasse, die sich diesen aneignet, und daß der demokratische Kampf um die Rechte des Volkes nur eine Perspektive hat im Kampf um den Sozialismus, wo der Grundwiderspruch des Kapitalismus aufgehoben wird. Stadler ist es gelungen, Widersprüche zwischen dem Schein von Freiheit und Gleichheit, welche die bürgerliche Ideologie zu vermitteln sucht, und der Realität in einem kapitalistischen Land, wo die Kapitalistenklasse auf jede noch so leichte Bedrohung ihrer Herrschaft mit diktatorischen Maßnahmen reagiert, in einer einsichtigen Darlegung zu artikulieren. Ausgehend von seinen Interessen als fortschrittlicher Lehrer geriet Stadler in Widerspruch zur Diktatur der Bourgeoisie und steht damit als Demokrat objektiv auf der Seite der Arbeiterklasse.

ZUR "SOZIALISTISCHEN STRATEGIE FÜR LEHRER" DES VSSTÖ

Der VSStö benützte nun die Gelegenheit, seine "sozialistische Strategie für Lehrer" an den Mann zu bringen. Die nach seiner Meinung besondere Klassenlage der Lehrer wurde durch den Satz: "..., daß unsere Gesellschaft im Grunde (?) eine Klassengesellschaft ist, die in der Schule reproduziert wird." betont. Man müsse also nur verhindern, daß die Schulen weiterhin "verschieden qualifizierte Absolventen entsprechend den Bedürfnissen der Wirtschaft (?) entlassen" und schon wäre die klassenlose Gesellschaft erreicht. Natürlich könne das nichts anderes bedeuten als "den im Rahmen einer Gesamtstrategie geführten organisierten Kampf der im jeweiligen Bereich Tätigen für eine sozialistische Gesellschaft".

Diesem Unsinn muß entgegengehalten werden, daß das Kapital und damit die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht in der Schule von den Lehrern, sondern im Betrieb von den Arbeitern produziert und reproduziert werden, daher die Arbeiterklasse Träger der sozialistischen Produktionsweise ist. Ihr gesamter Befreiungskampf zielt auf die Aufhebung ihrer selbst als Klasse, auf die klassenlose Gesellschaft. Dagegen verharren alle anderen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft auf ihrer Besonderheit gegenüber der Arbeiterklasse. Daher kann nur sie durch ihre Diktatur ernst machen mit dem Anspruch, daß alle Staatsgewalt vom Volk ausgehen müsse, und das Volk jederzeit das Recht hat, die von ihm delegierte Gewalt zu kontrollieren und, wenn sie seinen Interessen zuwiderläuft, sie zu stürzen. Kampf für die sozialistische Gesellschaft bedeutet Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten um die politische Macht, für die Diktatur des Proletariats. Jede Organisation, die den Anspruch hat, für den Sozialismus zu kämpfen, muß daher ein Bündnis mit der Arbeiterklasse eingehen.

Zwar hat der VSSTÖ seine immer wieder beschworene Gesamtstrategie noch nie dargelegt, doch können wir ihre organisatorischen Konsequenzen sehen. Sie bestehen im Bündnis mit der SPÖ, jener Partei, deren Führung die Regierung in Östereich, das heisst die Gewerkschaftsführung für die Kapitalistenklasse übernommen hat, die heute die wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Angriffe, wie Reallohnsenkung, verstärkte Akkordhetze, offene Unterdrückung fortschrittlicher und antiimperialistischer Menschen und Organisationen usw., führt, und

mit ihrer Ideologie der "Sozialpartnerschaft" und ihrer Macht im Gewerkschaftsapparat die geeignetste Partei für die Kapitalisten ist, die Unterdrückung des Volkes fortzusetzen.

DAS GESCHWÄTZ VON DER "SOZIALISTISCHEN BERUFSPRAXIS"

In seinem Flugblatt schlägt der VSSTÖ jedem Menschen mit sozialistischem Anspruch eine "jeweils konkret zu bestimmende sozialistische Berufspraxis" vor. Unzählige Beispiele und besonders der Fall Stadler beweisen jedoch, dass so etwas im Kapitalismus nicht möglich ist, da die Kapitalisten ihre Macht dazu verwenden, alle im Dienste des Kapitals, also für ihre Profite arbeiten zu lassen. Mit solchem Geschwätz soll nur die Packelei des VSSTÖ mit der SPÖ und das Schlemmen in den Pfründen von Privilegien, das deren Regierung ihr gefügigen Intellektuellen zu bieten hat, bemäntelt werden. Das wird offensichtlich, wenn der VSSTÖ eine "konsequente sozialistische Personalpolitik" fordert. Es ist ohnehin jedem bekannt, dass die SPÖ für jeden ihr ergebenen Intellegenzler ein warmes Pöstchen bereit hat, aber mit Sozialismus hat das nichts zu tun. Dort gibt es nämlich direkte Kontrolle und Absetzbarkeit aller Beamten durch das Volk. Die "sozialistischenBerufspraxis" lehnen wir als schädliche Strategie ab. Selbstverständlichemüssen alle Kommunisten und Demokraten in ihrem Beruf eine fortschrittliche Rolle spielen. Das ist allerdings ein Nebenbereich der politischen Arbeit.

BÜRGERLICHE POLITIK WIRD ALS "PRAKTISCHE POLITIK" GEPRIESEN

Obwohl in der Diskussion der reaktionäre Charakter der SP-Regierung selbst von den sozialdemokratischen VSSTÖ-Sprechern zugegeben werden musste, brachte der VSSTÖ eine Resolution zur Abstimmung, in der man die "fortschrittlichen " Kräfte in der SPÖ-Regierung (Sinowatz) aufforderte, Stadler gegen die Angriffe der "reaktionären ÖVP-Schulbürokratie" zu unterstützen. Man wollte wieder einmal eine demokratische Regung vor den Karren der bürgerlichen SP-Machtkämpfe spannen. Dadurch entlarvte der VSSTÖ selbst seine objektive Funktion. Seine Begründung war, es gehe eben darum, "die Absichten des SP-Ministeriums gegen die Landesschulbürokratie auszuspielen, um dem Lehrer praktische Unterstützung zu geben".

Als wir darauf hinwiesen, dass dadurch die vorher formulierten wirklichen Widersprüche verschleiert werden, wurden wir vom VSSTÖ als Sektierer bezeichnet, die eine praktische Solidarität verhinderten. Selbstverständlich ist es richtig, Widersprüche zwischen einzelnen bürgerlichen Fraktionen auszunützen und dadurch die Lage und die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und des Volkes zu verbessern. Aber die selbständige Politik aufgeben und sich an eine bürgerliche Partei anhängen, das ist blanker Opportunismus. Wenn man die wirklichen Widersprüche in der Praxis nicht beachtet sondern verschleiert, muss diese Politik notwendig scheitern. Im speziellen Fall nützt diese Resolution nicht Stadler, sondern der SPÖ. Wenn der VSSTÖ schon bürgerliche Politik machen will, soll er Professor Stadler den "erfolgsversprechenden" Rat geben, doch nicht auf Teach-ins von der Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus zu sprechen, sondern sich vertraulich an einen Nationalratsabgeordneten der SPÖ zu wenden.

Die Marxisten-Leninisten werden weiter auf die Kräfte der Volksmassen vertrauen, diese organisieren, bürgerliche Linien vom Schlage der des VSSTÖ ständig isolieren und so dem demokratischen Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes unter der Parole: VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES! VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DEN SOZIALISMUS! zum Sieg verhelfen.

KAIRO:

DIE REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG UNTER DEN ÄGYPTISCHEN STUDENTEN

Der Kampf der fortschrittlichen Studenten gegen die kapitulantenhafte Linie der ägyptischen Bourgeoisie und ihrer Regimes ist in den vergangenen beiden Wochen erneut mit großer Schärfe entbrannt. Mit den Losungen "Weg mit der friedlichen Lösung", "Abschaffung der politischen Zensur", "Sofortige Freilassung aller verhafteten Kommilitonen" und "Rücktritt von Staatspräsident Sadat" solidarisierten sich weite Kreise der Bevölkerung.
Diese letzten Ereignisse in Kairo sind ein weiterer Scritt der Entwicklung der Bewegung der ägyptischen Volksmassen von einer bloß passiven, die Politik des Regimes beobachtendenuund seine progressiven Seiten unterstützenden Haltung zu ihrer selbständigen und bewußten Politik gegenüber der Kapitulation der ägyptischen Bourgeoisie vor Zionismus und Imperialismus. Dieser Prozeß kann nur im Zusammenhang des Zerfalls des Nasserismus als spezifischem politischem Herrschaftssystem der ägyptischen "Staatsbourgeoisie" und den Veränderungen in Ägypten seit Nassers Tod verstanden werden.

DIE HALTUNG DES VOLKES ZUM REGIME UNTER NASSER

Die Herausbildung des nasseristischen Herrschaftssystems hatte mit dem Putsch der "Freien Offiziere" im Juli 1952 begonnen. Das alte Feudalregime, das eng mit dem britischen Imperialismus zusammenarbeitete, wurde damals beseitigtunnd durch ein Regime ersetzt, das zwar gegen die Interessen des britischen Imperialismus gerichtet war, keineswegs aber grundsätzlich antiimperialistisch war und sich schon gar nicht auf die Volksmassen stützte. Im Gegenteil: zu den ersten Regierungsmaßnahmen der "Freien Offiziere" gehörte die Erhöhung des zulässigen Anteils des Auslandskapitals bei Neuinvestitionen von 49% auf 51% und die Ermordung von zwei Arbeitern, die während eines Streiks und einer Massenkundgebung die Forderung der versammelten Arbeiter und Bauern nach einer echten sozialen Volksrevolution gestellt hatten.

Es gelang den "Freien Offizieren" jedoch, den Haß der Volksmassen gegen Zionismus und Imperialismus und ihre Scham über die Niederlage im Krieg gegen Israel von 1948 geschickt auszunützen und sich demagogisch als "Wiederhersteller der nationalen Ehre" und antiimperialistische Helden aufzuspielen. Die Nachricht vom Staatsstreich wurde im ganzen Lande mit stürmischer Begeisterung vernommen. Einige der ersten Schrittedes Regimes scienen auch auf die Beseitigung der Symbole der Unterdrückung abzuzielen. Die Absetzung Farouks, die Abschaffung der Titel Pascha, Bey, die Ankündigung der Agrarreform ließen die "Freien Offiziere" als revolutionäre Patrioten erscheinen, die ihr Leben für die Beseitigung der jahrhundertealten Unterdrückung. für die

Befreiung ihres Volkes vom Joch der Kolonialisten und Feudalherren eingesetzt hatten.
Die Massen, vor allem die des Landproletariats und der armen Bauern hatten sich in der nationaler Befreiungsbewegung seit 1946 noch keine politische Organisation schaffen können, die dem neuen Regime eine revolutionäre, an den Bedürfnissen der Massen orientierte Linie hätte verleihen oder gar die Macht an sich reißen hätte können.
Die Ereignisse des Jahres 1956- die Verstaatlichung des Suezkanals, die Konfrontation mit dem britischen und dem französischen Imperialismus und der zionistische Aggression-hatten Ägypten in direkten Interessengegensatz zum Imperialismus gebracht. Diese Offensive hatte ihren grund im Widerspruch zwischen den Interessen der Imperialisten und den Interessen der sich entwickelnden "Staatsbourgeoisie" Ägyptens, die beide "Anspruch" auf die Ausbeutung der Volksmassen erhoben. Die ägyptische Bourgeoisie konnte diesen offenen Konflikt mit dem Imperialismus nur mit Hilfe der Unterstützung der antiimperialistischen und antikapitalistischen massen überstehen, deren Ausbeutung sie jedoch nicht aufheben, sondern in die eigene Hand nehmen wollte.
Obwohl die Industrialisierunspläne Nassers die Lage der Arbeiterklasse und des Volkes nicht gemildert hatten, fanden sich die Arbeiter und die anderen Teile des Volkes dazu bereit, das regime in seinem Kampf gegen den Imperialismus zu unterstützen. Sobald diese Phase der unmittelbaren Konfrontation mit dem Imperialismus vorbei war, wandten sich die Massen vom Regime wieder ab. Die Phase der nationalen Einheit jedoch war vom Regime dazu ausgenützt worden, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen und das Proletariat von den breiten Massen zu isolieren. Nicht zuletzt war ihm



Die arabischen Volksmassen rüsten für den Volkskrieg

das auch mit Hilfe des Sowjetunion gelungen, die ihm die revolutionären Kader der Massen neutralisieren half. 1958 wurde die KP Ägyptens mit Duldung Moskaus von der Regierung in der "Nationalen Union" aufgelöst, d.h. faktisch verboten.
Noch einmal intervenierten die Massen: nach der Niederlage der Ägypter 1967. Damals drohte die Gefahr einer machtergreifung durch die proamerikanische Gruppe der ägyptische Bourgeoisie, die durch den Chefredakteur von Al Ahram Hassanein Haikal und Zakaria Mohieddin repräsentiert war.
In eindrucksvollen Demonstrationen dokumentierten die Massen in dieser Situation, daß sie die Fortsetzung und Verstärkung eines harten Kurses gegen Israel verlangten.
Die Massen waren damals zwei Tage lang Herr der Lage, aber sie konnten zum besthenden System noch keine revolutionäre Alternative bieten. Sie konnten nur eine der bestehenden Alternativen innerhalb des Systems durchsetzen: Nasser oder Mohieddin.

NACH DEM TODE NASSERS

Mit dem Tode nassers war die Klammer weggefallen,die den Zusammenhalt der beiden Fraktionen innerhalb der ägyptischen Bourgeoisie,der prosowjetischen und der proamerikanischen Fraktion,garantierte.Nasser hatte es als Staatsmann stets verstanden,das politische Gleichgewicht zwischen den beiden Fraktionen innerhalb des Apparates nicht anzutasten.
Mit seinem Tode konnte der achtkampf der beiden Fraktionen mit aller Härte entbrennen.Das Resultat war die Zurückdrängung des prosowjetischen Flügels,die ihren Ausdruck in der Entmachtung Al Sabris fand,und die Dominanz der prowestlichen und proamerikanischen Gruppe:
Sadat setzte eine Reihe von "Liberalisierungsprozessen" in Gang,die Ausdrucks des Bestrebens der ägyptischen Bourgeoisie sind,Anschluß an den imperialistischen Weltmarkt zu finden.Auf der politischen Ebene präsentieren sich diese Bestrebungen als Anbiederung an die Außenpolitik der USA und ihrer Lakaien im Nahen Osten und Mittelmeerraum sowie zunehmend auch an den westeuropäischen, imperialistischen Block mit Frankreich und der BRD an der Spitze.
In dem Maße aber,in dem die Integrationsideologie des Nasserismus gegenüber der deutlichen Verzichtspolitik des Regimes gegenüber Israel und der eindeutigen Annäherung an den USA-Imperialismus an Macht über die Volksmassen verlor,gewannen die Demonstrationen des Volkswillens Schritt für Schritt an Selbständigkeit
Die erste große Manifestation des Willens der Volksmassen nach Jahren der ideologischen Bindung an die Bourgeoisie geschah im Verlauf der Betriebsbesetzungen und Solidaritätsdemonstrationen der Arbeiter von Heluan und Kairo im Nov. 1971,an denen insgesamt sechzigtausend Arbeiter teilnahmen.
Diese eindrucksvollen Machtdemonstrationen der ägyptischen Arbeiterklasse waren sorgfältig von geheimen Zellen geplant und koordiniert,die größtenteils aus Kommunisten bestanden.Die gesamte Masse der Arbeiter von Heluan stand während der Besetzung hinter diesen Zellen und folgte nur noch ihren Weisungen.Erst mit einer regelrechten Truppenkonzentration und den Zusagen der Regierung zu einigen Forderungen(so der Forderung nach einer 25%igen Lohnerhöhung im Rahmen eines politischen Forderungskatalogs)gelang es der Regierung,eine Bresche in die Front der Streikenden zu schlagen.Die starken Armee- und Polizeieinheiten drangen schließlich in die Betriebe ein und verhafteten etwa 3000 Arbeiter.Ebensoviele wurden auch bei der Solidaritätsdemonstration in Kairo verhaftet.
Diese Aktion, wie auch die der Studenten zwei Monate später, war der Neubeginn der ägyptischen nationaldemokratischen Bewegung.Gegenüber den vorherigen Demonstrationen sind sie ein qualitativer Sprung nach vorn.Denn obwohl sich Millionen an jenen Demonstrationen beteiligt hatten,waren sie politisch weitgehend durch allgemeine Desorientierung, Desorganisation und Spontaneität gekennzeichnet.Die Massen demonstrierten nur ihre potentielle Macht.Sie gingen von der Rolle des passiven Zuschauers über zur Rolle des aktiven Zuschauers.Sie blieben also Zuschauer,ein politisches Publikum,das unfähig war,dem bestehenden Regime als eine selbständige Macht entgegenzutreten.
Die politischen Kräfte waren innerhalb der herrschenden Klasse selbst polarisiert. Die Massen traten als eine dritte

Kraft auf,die zugunsten einer dieser Kräfte intervenierte und ihr zum Sieg über die andere verhalf.
Gegenüber dem Interventionscharakter dieser Massenaktionen waren die Aktionen der Arbeiter vom Nov.1971 eine Demonstration der Fähigkeit zum bewußten und selbständigen Handeln der Volksmassen.Die Arbeiter und Studenten traten dem Regime gegenüber als eine revolutionäre Kraft, die den Willen der Volksmassen artikulierte.Sie entlarvten öffentlich dieses Regime und hielten seinem kapitalistischen Entwicklungsweg und seiner Politik der "friedlichen" Versöhnung mit dem Imperialismus und dem Staat Israel ein beinahe geschlossenes.revolutionäres Kampfprogramm gegenüber.

DER KAMPF DER STUDENTEN

Dies gilt auch für den Kampf der Studenten im Jänner 1972. Die Studenten orientierten sich an den historischen Traditionen der nationaldemokratischen Volksbewegung von 1946-1952,was schpn in der demokratischen Wahl eines Leitungsorgans mit dem Namen "Nationales Studentenkomitee" zum Ausdruck kommt. Damals hatten sich die kommunistischen und fortschrittlichen Studenten mit der Arbeiterbewegung vereinigt und gemeinsam die Massekämpfe geführt.Wie damals wurden auch im Jänner 1972 in den Betrieben und Universitäten jeweils lokale "Nationale Arbeiterkomitees" und "Nationale Studentenkomitees" gewählt. Die Betriebskomitees,vor allem in Kairo und Heluan entsandten ihre Delegierten in die von den Studenten besetzten Universitätsgebäude und nahmen später an allen Massenveranstaltungen und Demonstrationen teil.
Gegen die Studentenbewegung wurde auch im Jänner des Vorlahres vom Regime gerade dann vorgegangen, als die breite Mobilisierung der Arbeiter begann.Eine Mobilisierung der Arbeiterklasse für die von den Studenten aufgestellten Forderungen,kann sich das Regime auch gar nicht leisten.Der Forderungskatalog, der größtenteils auch in die neuesten Kämpfe zur Jahreswende übernommen worden war, umschloß u.a.:Rücknahme der Zustimmung der ägyptischen Regierung zur UNO-sicherheitsratresolution vom 22.11.67 und Ablehnung jeder "friedlichen Lösung";bedingungslose Unterstützung der palästinensischen Befreiungsbewegung als einziger legitimer Vertreterin der Interessen des palästinensischen Volkes;Vorbereitung der Bevölkerung auf den Volkskrieg gegen Israel,Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur des Landes auf Kriegswirtschaft und Rüstungsproduktion;Stopp der Produktion von Luxusgütern.Das brutale Vorgehen der Behörden gegen die Studentenbewegung im Vorjahr konnte jedoch die vom Regime angestrebte "Ruhe" nicht wiederherstellen.Im Gegenteil:die unermüdliche Weiterarbeit der politisch aktiven Kerne der Bewegung und ihr ständig wachsender Einfluß unter der Bevölkerung zwang das Regime zu unverhohlenen Repressionsmaßnahmen wie strengste politische Zensur,Verhaftungen oppositioneller Kräfte usw.
Aus Protest gegen die bisher ausgedehnteste Verhaftungswelle erhoben sich die Studenten zuerst der amerikanischen Universität von Kairo und funktionierten eine unter der Schirmherrschaft des Regimes stehende "kulturelle Woche" Ende Dezember zu einer "politische Woche" um:Zusätzlich zu ihren alten Forderungen an das Regime,die oben angegeben wurden,forderten sie die sofortige Freilassung aller inhaftierten Kollegen und Genossen und die völlige Aufhebung aller Zensurbestimmungen.
Die Bewegung dehnte sich aus und am 31.Dezember besetzten die ägyptischen fortschrittlichen



Die ägyptischen Volksmassen fordern stürmisch den konsequenten Kampf gegen Zionismus und Imperialismus

Studenten diverse Universitätsgebäude und das Amphitheater Gamal-Abdel Nasser.Am 3.Jänner kam es bei der ersten großen Demonstration in den Straßen Kairos zu heftigen Zusammenstößen mit Polizei und Militär. Nach stundenlangen Straßenschlachten verbarrikadierten sich die Studenten in der Universität, die von bewaffneten Militär- und Polizeieinheiten umstellt wurde.Bis zum Dienstag abend hatten die Behörden bereits 12o fortschrittliche Menschen, unter ihnen Arbeiter,Rechtsanwälte,Journalisten und 42 Studenten,die sich an der Protestkundgebung beteiligt hatten,verhaftet.Auch die Schließung der Universitäten und aller Institute des Landes konnte jedoch nicht verhindern,daß die Forderunfen nach Freilassung aller Verhafteten und des Rücktritts von Staatspräsident Sadat wegen seiner kapitulantenhaften "altung gegenüber Zionismu und Imperialismus in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung Zustimmung fand.
In Beirut traten letzte Woche 8ooo Studenten der arabischen Universität als Solidarität mit den ägyptischen Kollegen in einen zweistündigen Vorlesungsstreik.Sie veröffentlichten einen Aufruf der ägyptischen Studenten an die Jugend der Welt,sie in ihrem gerechten Kampf gegen das ägyptische Regime und seine Polizeimethoden zu unterstützen.
Das brutale Vorgehen des Staatsapparates hat die Bewegung inzwischen einstweilen niederhalten können.Es besteht jedoch kein Zweifel,daß die demokratische und revolutionäre Bewegung der ägyptischen Volksmassen sich immer mehr ausdehnen und verstärken wird.

TERROR DES ZIONISTISCHEN GEHEIMDIENSTES

Der Angriffskrieg gegen die Palästinenser wird an allen Fronten geführt. Die Eskalation der Kämpfe im Nahen Osten, der Überfälle und Bombardements auf libanesische und syrische Gebiete geht Hand in Hand mit einer verstärkten terroristischen Aktivität des zionistischen Geheimdienstes in den westeuropäischen Staaten. Bereits Mitte Oktober wurden von zionistischen Hilforganisationen anonyme Drohbriefe an arabische Studenten an den wichtigsten europäischen Universitäten gesandt. Wir drucken einen dieser Briefe, den ein Kollege in Wien am 18. Oktober erhielt, in Faksimile ab. Namen und Adressen der Studenten erhalten die zionistischen Organisationen von ihren legalen Zweigen. In östereich ist das die jüdische Hochschülerschaft. Bereits 1968 arbeiteten u.a. Mitglieder der jüdischen Hochschülerschaft mit dem israelischen Geheimdienst eng zusammen und liefertem ihm Informationen und Angaben über die wichtigsten politischen Exponenten der arabischen und palästinensischen Studentenschaft. Die Zionisten liessen Kontakte zu diesen anknüpfen, um Einzelheiten aus deren Privatleben zu erfahren. Diese Informationen werden zur Einschüchterung der Palästinenser und Araber verwendet. Bei Demonstrationen und TEach-ins versuchen sie, arabischen und palästinensische Kollegen zu fotographieren, wie z.B. Panzer, der bei unserem Protest-Teach-in am 19. Oktober

gegen das Verbot von Gups und Gupa ertappt wurde, als er mit einer Kleinkamera palästinensiche Teilnehmer fotographierte. Wozu das Photomaterial verwendet wird, wird klar, wenn man bedenkt, dass ein palästinensischer Kollege aus der BRD ausgewiesen wurde mit der Begründung, dass er an einem Teach-in teilgenommen hatte, bei dem ein Vertreter der El Fatah gesprochen hatte.

Im Oktober hat in West-Europa eine Serie von Pistolen und Bombenattentaten ihren Anfang genommen. So wurde in Rom der Vertreter der PLO erschossen, in Paris die Buchhandlung der PLO durch ein Bombenattentat schwer beschädigt. Dort wo sich keine Informationen und Daten zusammenbrigen lassen, geht der israelische Geheimdienst zur unmittelbaren Zusammenarbeit mit dem jordanischen Geheimdienst über. Z.B. das Pistolenattenat in Rom und eine Serie von Anschlägen in Beirut waren von beiden Geheimdiensten organisiert. Gegen Ende November erhielten palästinensische Studentenfunktionäre Briefbomben. In Skandienavien und der BRD forderten diese Briefbomben mehrere Schwerverletzte. In Wien erhielt der palästinensische Medizinstudent A.H. eine als Brief der Union arabischer Studenten getarnte Bembe. Die Sendung erschien ihm verdächtig und er übergab sie umgehend der österreichischen Staatspolizei. Die ganze Angelegenheit wurde von der bürgerlichen Presse Österreichs unterschlagen. Die Staatspolizei erklärte nach Untersuchung des Falles, dass es sich wohl um eine innerarabische Fehde handeln müsste, da der Brief den Stempel der arabischen Studentenunion trug.

Ihre Tätigkeit ist uns wohlbekannt und wir sind nicht gewillt solche Typen wie Sie hier zu dulden, welche den verbrecherischen arabischen Terror unterstützen und die friedliebenden Bürger gefährden. Sie sind hier unerwünscht und wir raten Ihnen von hier zu fliehen bevor es zu spät ist.

Wir verfolgen Sie und alle Ihre Kollegen im Studentenkomitee und wir haben Mittel Sie überall dort zu finden, wo Sie sich verstecken. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir Ihnen auch im August nach Kopenhagen gefolgt waren und die Tatsache, dass Ihnen damals nichts passiert ist bedeutet nicht, dass es nicht bald geschehen wird.

EUROPÄISCHE ZWEIGSTELLE
DES WELTVERBANDES FÜR
PERSÖNLICHEN FRIEDEN
UND SICHERHEIT.